28.08.2024

LaG-Magazin

Lernen aus der Geschichte

ERINNERUNG AN DEN WIDERSTAND GEGEN DEN STAATSSOZIALISMUS IN OSTMITTELEUROPA

AGENTUR FÜR BILDUNG GESCHICHTE POLITIK

Lernen aus der Geschichte

BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG

INHALT

IM GESPRÄCH

Widerstand im Widerstreit: Zur Erinnerung an den Widerstand gegen den Staatssozialismus in Ostmitteleuropa – im Gespräch mit Florian Peters 06

ZUR DISKUSSION

Widerstand in Polen 1945 bis 1989 – Ereignis und Erinnerung 19

1956 – 68 Jahre danach. Die antiwestliche Umdeutung von Erinnerung in Ungarn? 25

1968 in Czechoslovakia: Remembrance Policy in Slovakia 32

Der „Phosphoritkrieg“ – Umweltbewegung und nationale Mobilisierung in der Estnischen SSR 48

Neubewertung sowjetischer Denkmäler in Ostmitteleuropa: Fortführung des Widerstands gegen den Staatssozialismus? 56

EMPFEHLUNG FILM

„Die Frauen der Solidarność“: Vergessener Widerstand 62

*Liebe Leser*innen,*

In den Ländern Ostmitteleuropas verändert sich die Erinnerungspraxis an den Widerstand gegen den Staatssozialismus und die kommunistischen Diktaturen derzeit stark. Erinnerungskulturen sind generationell und gesellschaftlich bedingt immer fluide, aber mit zunehmendem Abstand zu den Umwälzungen von 1989/90 bricht sich in einigen ostmitteleuropäischen Ländern eine Verklärung der sozialistischen Ära Bahn. Zugleich rücken nationale Narrative, die zur Legitimierung der aktuellen Politik dienen, in den Vordergrund.

Die Demokratisierungsprozesse der 1990er- und 2000er-Jahren setzen sich nicht bruchlos fort, sondern werden mancherorts durch teils autokratische Strukturen ersetzt. Zivilgesellschaftliche wie erinnerungskulturelle Akteure werden in ihren Meinungsäußerungen und anderem politischen Handeln eingeschränkt, ihr Engagement teils verboten.

Auch der russische Angriffskrieg auf die Ukraine verändert, wie heute in Ländern Ostmitteleuropas an den Widerstand gegen den Staatssozialismus erinnert wird. Diese starken Dynamiken innerhalb der Erinnerungskultur geben ebenso wie geschichtspolitische Interventionen Anlass, aus verschiedenen Perspektiven differenziert auf diese Region und vergleichend auf ihre Erinnerungskulturen zu schauen.

Florian Peters spannt im Gespräch mit dem *LaG*-Magazin ein breites wie facettenreiches Panorama auf. Er beleuchtet einige Besonderheiten der Region und führt die Leser*innen durch die zeitlichen Phasen des Widerstandes gegen den Staatssozialismus.

Peter Oliver Loew erörtert die für Europa beispiellose Intensität und Kontinuität des polnischen Widerstandshan-

delns im 20. Jahrhundert. Dabei zeigt er, inwiefern Polen in mancherlei Hinsicht eine besondere Rolle in Ostmitteleuropa spielt(e).

Peter Jašek zeichnet am Beispiel der Tschechoslowakei nach, welch erbitterte Kontroversen noch heute um das Erinnern an den Widerstand gegen den Staatssozialismus geführt werden. Der Text erscheint auf Englisch und auf Deutsch.

Árpád von Klimó vergegenwärtigt, dass mit Victor Orbán, der sich prorussisch äußert und sich gegen die Unterstützung der Ukraine ausgesprochen hat, heute jemand an der Spitze eines autoritären Regimes steht, der sich einst im antisowjetischen Widerstand gegen den Staatssozialismus engagierte.

David Feest zeigt auf, wie im sogenannten „Phosphoritkrieg" die Umweltbewegung in Estland als Katalysator einer nationalen Mobilisierung gegen die sowjetische Herrschaft gewirkt hat.

Nationale Geschichte wird oft in Denkmälern symbolisiert. *Stephanie Beetz* gibt einen Einblick, wie sowjetische Denkmäler in Ostmitteleuropa abgebaut wurden, was mit ihnen passierte und wie Denkmäler als Gegenstand der historisch-politischen Bildung betrachtet werden können.

Sabrina Pfefferle stellt Frauen aus der polnischen Gewerkschaftsbewegung Solidarność vor und geht der Frage nach, warum deren Rolle bis heute unterbelichtet ist. Sie beschreibt, warum sich Filme, in deren Zentrum der Widerstand von engagierten Frauen steht, sich für eine erinnerungspolitische Annäherung an das Thema eignen.

Wir bedanken uns herzlich bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur für die Förderung dieser Ausgabe.

Das nächste LaG-Magazin erscheint voraussichtlich am 30. Oktober. Es widmet sich ausgehend vom #remem-BARCAMP, einem Barcamp für Mitarbeitende der digitalen Arbeit in Gedenkstätten und Erinnerungsorten, das im Juli 2024 in der Gedenkstätte Hadamar stattfand, dem aktuellen Stand der Digital Holocaust Memory.

Und nun wünschen wir allen Leser*innen eine interessante Lektüre!

Ihre LaG-Redaktion

Widerstand im Widerstreit: Zur Erinnerung an den Widerstand gegen den Staatssozialismus in Ostmitteleuropa – im Gespräch mit Florian Peters

Gesprächspartner:in

Florian Peters arbeitet als Historiker im Sonderforschungsbereich „Strukturwandel des Eigentums“ an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Er wurde an der Humboldt-Universität Berlin mit einer Studie zur Geschichtskultur der polnischen Oppositionsbewegung promoviert und forscht zur Zeitgeschichte Polens und Ostmitteleuropas. Sein neuestes Buch „Von Solidarność zur Schocktherapie. Wie der Kapitalismus nach Polen kam“ erschien 2023 bei Ch. Links.

***LaG*:** Lieber Florian Peters, wir haben uns vorgenommen, einen Problemaufriss zur Erinnerung an den Widerstand gegen den Staatssozialismus in Ostmitteleuropa zu erarbeiten – ein weites Feld. Wo liegen – historisch gesehen und in Bezug auf unser Thema – die Herausforderungen, die wir in diesem Gebiet berücksichtigen müssen und in welche Phasen lässt sich der Widerstand einteilen?

Florian Peters: Ich würde die Frage in Bezug setzen zur Genese des Staatssozialismus als Herrschaftsordnung. Denn in Ostmitteleuropa, also in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn, kamen die Kommunisten erst nach dem Zweiten Weltkrieg an die Macht – gestützt auf sowjetische Panzer.

Die Etablierung dieser Herrschaftsordnung basierte dort also, anders als in Sowjet-Russland 1917, nicht auf einer inneren Revolution, also aus einer innergesellschaftlichen Entwicklung heraus, sondern wurde von außen oktroyiert.

Für große Teile der Region folgte die kommunistische Herrschaft zudem auf eine frühere Phase der Fremdherrschaft, die deutsche nationalsozialistische Besatzung. Ungarn bildet hier als anfänglicher Verbündeter Hitlerdeutschlands eine gewisse Ausnahme, aber generell war diese Region durch das imperiale Ausgreifen der deutschen nationalsozialistischen Herrschaft besonders früh und besonders intensiv geprägt. Als Ergebnis des Kriegsverlaufs und der Befreiung dieser Gebiete aus der nationalsozialistischen Besatzungsherrschaft hat sich dann ab 1944/45 das kommunistische System etabliert. Wenn ich von „Befreiung“ spreche, ist das natürlich eine Wertung, die in dieser Region keineswegs alle Akteure geteilt haben. Und das ist auch schon einer der ersten Ansatzpunkte für Widerstand gegen diese neue Ordnung, bei dem wir mehrere Phasen unterscheiden können.

Die erste Phase speiste sich direkt aus dem Widerstand gegen diese auf militärische Macht gestützte Etablierung des kommunistischen Regimes. Sie begann noch vor Ende des Zweiten Weltkriegs, ab 1944, als diese Gebiete im Zuge des Vorrückens der Roten Armee besetzt wurden. Vor allem im Baltikum und in Polen gab es bewaffnete antikommunistische Gruppen, die die Nationalstaaten der Zwischenkriegszeit in der einen oder anderen Form wieder errichten wollten. Diese konkurrierten vielerorts mit kommunistischen Partisanen, die versuchten, den kommunistischen Herrschaftsanspruch über diese Gebiete zu festigen.

Der Warschauer Aufstand 1944 ist – neben dem Slowakischen Nationalaufstand – das bekannteste Beispiel für den Versuch, die deutsche Besatzung aus eigener Kraft abzuschütteln und damit den Sowjets zuvorzukommen. Das hat in beiden Fällen aus verschiedenen Gründen nicht funktioniert.

»Trotz des Scheiterns dieser frühen Widerstandsversuche kämpften antikommunistische Partisanen vor allem im Baltikum und auch in Teilen Polens bis in die frühen 1950er Jahre gegen das neue Regime.«

Trotz des Scheiterns dieser frühen Widerstandsversuche kämpften antikommunistische Partisanen vor allem im Baltikum und auch in Teilen Polens bis in die frühen 1950er Jahre gegen das neue Regime. In Polen rekrutierten sie sich teils aus Resten der Heimatarmee (Armia Krajowa), auch wenn deren Kommandeure 1945 eigentlich den Befehl erteilten, die Waffen niederzulegen. Der

größere Teil dieser Partisanen bestand aber aus Kämpfern aus dem nationalistischen Flügel der jeweiligen Nationalbewegung, von denen viele vor dem Einmarsch der Roten Armee in der einen oder anderen Form mit den deutschen Besatzern kollaboriert hatten. Das ist ein Grund, warum sie lange als Kollaborateure betrachtet wurden und in den Erinnerungskulturen einen umstrittenen Status hatten und haben. Gleichwohl gibt es aber eine Tendenz – etwa in Polen unter der Regierung von Jarosław Kaczyńskis Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) von 2015–2023 –, diese sogenannten „verfemten Soldaten" zu rehabilitieren. Die Erinnerung an diesen Widerstand mit der Waffe in der Hand war einer der großen Schwerpunkte der Geschichtspolitik der PiS-Regierung, die mit Vorliebe an klassische heroisierende Geschichtsnarrative anknüpfte. Diese erste Phase des antikommunistischen Widerstands hat also lange Nachwirkungen in der Erinnerungskultur.

Weil dieses Thema angesichts des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine gerade sehr virulent ist, sollte man erwähnen, dass auch die ukrainische Nationalbewegung mit der Ukrainischen Aufstandsarmee (UPA) zu diesem Feld zu zählen ist, mit Stepan Bandera als ideologischem Vordenker. Am Beispiel der paramilitärischen Gruppen, die dem ethnonationalistischen Flügel der ukrainischen Nationalbewegung angehörten und auch für etliche Massaker an der nicht-ukrainischen Zivilbevölkerung verantwortlich waren, zeigt sich, wie kontrovers die Rehabilitierung dieser Kämpfer heute diskutiert wird. Wir sehen außerdem den Versuch einer russischen Einflussnahme auf die Erinnerung: Im russischen Diskurs wird die Bezeichnung „Banderowzy" heute geradezu als Schimpfwort für jegliche nationalbewusste Ukrainer verwendet.

***LaG*:** Wie würden Sie die nächste Phase des Widerstands charakterisieren?

Peters: Auf die Phase des militärischen bzw. paramilitärischen Widerstands, der aus dem Krieg entsprang und bis Ende der 1940er Jahre von den kommunistischen Sicherheitsorganen niedergeschlagen wurde, folgte eine Phase des Widerstands als Fortschreibung und Radikalisierung der poststalinistischen Reformen. Getragen wurden diese Bestrebungen von Kräften, die eigentlich an die neue Ordnung geglaubt und sie auch unterstützt hatten, bis sich im

Zuge der Entstalinisierung ab 1956 der Ruf nach tiefgreifenden Reformen herausbildete. Diese reformorientierten Anhänger des Regimes wurden von orthodoxen Kommunisten mit dem Kampfbegriff des „Revisionismus“ diffamiert. Anders als die antikommunistischen Partisanenbewegungen der ersten Phase stellten die Revisionisten die Herrschaftsordnung nicht grundlegend infrage, sondern es ging ihnen darum, das kommunistische System von innen heraus zu reformieren und aus der stalinistischen Ordnung einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu entwickeln.

»Anders als die antikommunistischen Partisanenbewegungen der ersten Phase stellten die Revisionisten die Herrschaftsordnung nicht grundlegend infrage, sondern es ging ihnen darum, das kommunistische System von innen heraus zu reformieren und aus der stalinistischen Ordnung einen ‚Sozialismus mit menschlichem Antlitz‘ zu entwickeln.«

Als erstes kam es 1956 in Ungarn unter Führung von Imre Nagy zu einem solchen Reformversuch von innen. Der Ungarn-Aufstand wurde von sowjetischen Truppen unterdrückt, und mit János Kádár wurde ein neuer Parteichef installiert, der ein Programm eines auf stärkeren Konsum orientierten Sozialismus verfolgte (was im Vergleich zu anderen ostmitteleuropäischen Volksrepubliken auch relativ erfolgreich war).

In der Tschechoslowakei (und auch in Polen) kulminierten ähnliche Bewegungen im Frühjahr 1968. Der slowakische Kommunist Alexander Dubček wurde während des „Prager Frühlings“ zu ihrem Gesicht. Sein Ziel war es, Wirtschaftsreformen durchzuführen, die Zensur abzuschaffen und das totalitäre stalinistische Regime in eine stärker von unten getragene, weniger rigide Ordnung zu transformieren. Doch auch dieser Reformanlauf wurde durch eine Invasion der Truppen des Warschauer Paktes unter sowjetischer Führung niedergeschlagen.

1968 markierte den Höhepunkt dieser zweiten Phase, und zugleich ihr Ende: Denn nach den Erfahrungen von 1968 war sowohl in der Tschechoslowakei als auch in Polen die Hoffnung auf substanzielle Reformen von innen heraus weitgehend gestorben. Aus den vormaligen revisionistischen Abweichlern wurden die Dissidenten, die ihre Forderungen nicht mehr an die Partei richteten, sondern vielmehr versuchen, alternative zivilgesellschaftliche Gegeninstitutionen aufzubauen. Während sich die Szene dieser Dissidenten in der Tschechoslowakei im Wesentlichen

auf Intellektuelle beschränkte, entwickelte sich daraus in Polen gegen Ende der 1970er Jahre eine breitere Oppositionsbewegung. Nachdem eine tiefe Wirtschaftskrise die Legitimation der staatssozialistischen Herrschaft ramponiert hatte, wurde dort auch die Arbeiterschaft von der Kritik am System erfasst. Aus diesem Ferment entstand 1980/81 mit der Solidarność eine Massenbewegung mit 8–10 Millionen Mitgliedern – das entspricht in etwa der Hälfte der damaligen werktätigen Bevölkerung Polens. Diese Größenordnung ist in der europäischen Zeitgeschichte einzigartig.

***LaG*:** Der Übergang von einer Intellektuellen- zur Massenbewegung kennzeichnet also den Beginn der dritten Phase ab den späten 1970ern?

Peters: Für Polen lässt sich das so sagen; generell ist ausschlaggebend, dass Widerstand in dieser dritten Phase nicht mehr auf Veränderung des Systems als solches zielte, sondern primär auf den Aufbau gesellschaftlicher Gegen-Institutionen. Und, das ist wichtig zu betonen: Dieser Widerstand war im Gegensatz zu dem der ersten Phase gewaltfrei. Die polnischen Kommunisten sahen sich anfangs sogar gezwungen, die Solidarność offiziell zuzulassen, sodass diese, anders als die Dissidenten zuvor, nicht im Klandestinen agierte. Das änderte sich erst nach dem 13. Dezember 1981, als General Wojciech Jaruzelski das Kriegsrecht über Polen verhängte, um die legale Gewerkschaftsbewegung zu zerschlagen. Interessanterweise führte dies aber *nicht* zum Verschwinden des gegenkulturellen Umfelds, das sich im Zeichen der Solidarność etabliert hatte. Dieses verlagerte sich in eine Untergrundszene, die im Polnischen als „zweiter Umlauf“ bezeichnet wird. Diese Metapher macht anschaulich, dass es sich in Polen nicht nur um einsame Intellektuelle handelte, die sich der staatssozialistischen Realität widersetzten, sondern dass an diesem alternativen Umlauf von Ideen und Gedanken auch Arbeiterzirkel, professionalisierte Untergrundverlage und eine ganze gesellschaftliche Bewegung teilhatten. Dies hatte einen enormen Einfluss auf die Konstellation, die dann 1989 zum Sturz des Staatssozialismus zuerst in Polen und dann auch in den anderen Ländern Ostmitteleuropas führte.

»Widerstand in dieser dritten Phase zielte nicht mehr auf Veränderung des Systems als solches ab, sondern primär auf den Aufbau gesellschaftlicher Gegen-Institutionen.«

***LaG*:** Die Massenbewegung auf gewerkschaftlicher Basis etabliert sich in Polen ja im Kontext einer massiven Wirtschaftskrise. Ist sie der ausschlaggebende Faktor oder gibt es noch andere Spezifika, warum das gerade in Polen möglich wurde?

Peters: Es gab verschiedene Faktoren, aber die Wirtschaftskrise war wahrscheinlich der wichtigste. Als Gewerkschaftsbewegung war die Solidarność vor allem daran interessiert, die Kommunisten an ihre gebrochenen materiellen Versprechen zu erinnern. Es ging ihnen nicht darum, das System abzuschaffen und den Kapitalismus einzuführen, sondern ganz im Gegenteil, es ging um eine tatsächliche Vergesellschaftung, die man sich von der Selbstverwaltung der Betriebe erhoffte.

»Es ging ihnen nicht darum, das System abzuschaffen und den Kapitalismus einzuführen, sondern ganz im Gegenteil, es ging um eine tatsächliche Vergesellschaftung, die man sich von der Selbstverwaltung der Betriebe erhoffte.«

Wenn man über politischen Widerstand spricht, kommt aber immer die Frage hinzu: Wie kommt es, dass Menschen sich zusammenfinden und sich trauen, diesen risikoreichen Schritt zu tun? Hier spielen kulturelle Faktoren eine Rolle: In Polen ist da an erster Stelle die katholische Kirche zu nennen, die eine wichtige Stütze für die Widerstandsbewegung gegen die kommunistische Herrschaft darstellte. Mit der Wahl von Karol Wojtyła zum Papst 1978 bekam diese spezielle Rolle eine zusätzliche internationale Dimension. Als Wojtyła sein Heimatland im Frühsommer 1979 als Johannes Paul II. besuchte, wurde seine Reise zu einem Triumphzug, der vielen kirchennahen Polinnen und Polen Mut gemacht hat, zusammenzukommen, aufzustehen und zu lernen, dass man die Dinge auch selbst in die Hand nehmen kann. Die Sicherheitskräfte haben sich dabei ziemlich zurückgehalten.

Hier zeigt sich auch ein weiterer Faktor, warum sich gerade in Polen eine so starke Oppositionsbewegung etablieren konnte: Seit der Entstalinisierung waren die polnischen Kommunisten vergleichsweise vorsichtig mit der Anwendung offener Repressionsmaßnahmen. Schließlich waren sie sich bewusst, dass sie es in Polen mit einer starken katholischen Bevölkerungsmehrheit und einer langen Tradition russophober Einstellungen zu tun hatten, oder anders

gesagt: mit einer langen nationalen Leidensgeschichte mit russischer imperialer Herrschaft. Vor diesem Hintergrund setzten sie seit den 1970er Jahren auf einen recht simplen Materialismus – in der Hoffnung, dass der materielle Fortschritt am Ende auch die sturen katholischen Bauern von der Überlegenheit des Staatssozialismus gegenüber dem kriselnden Kapitalismus überzeugen würde. Um diesen Fortschritt zu erreichen und der breiten Bevölkerung Konsumangebote zu machen, griffen die polnischen Kommunisten stark auf Westkredite zurück. Das war praktisch eine Modernisierung auf Pump. Als das aus verschiedenen Gründen nicht mehr funktionierte und Polen 1980/81 de facto Staatsbankrott ging, mussten die polnischen Kommunisten mit den westlichen Kreditgebern verhandeln – sie befanden sich also in einer *politischen* Abhängigkeit von der Sowjetunion und einer *wirtschaftlichen* vom Westen. Das ist ein wichtiger Faktor für den moderateren Umgang mit Dissidenten und ein Grund dafür, warum sich die alternative Gegenkultur überhaupt so stark ausbreiten und professionalisieren konnte. Zusammengenommen sind also die wirtschaftliche Krise, die doppelte Abhängigkeit des Regimes von West und Ost sowie die kulturelle Prägung die wesentlichen Gründe dafür, dass sich in der dritten Phase des Widerstands in Polen eine Massenbewegung etablieren konnte, die unterschiedliche Milieus unter einem gemeinsamen Banner vereint hat.

»Zusammengenommen sind also die wirtschaftliche Krise, die doppelte Abhängigkeit des Regimes von West und Ost sowie die kulturelle Prägung die wesentlichen Gründe dafür, dass sich in der dritten Phase des Widerstands in Polen eine Massenbewegung etablieren konnte, die unterschiedliche Milieus unter einem gemeinsamen Banner vereint hat.«

***LaG*:** Wir haben über unterschiedliche Trägergruppen des Widerstands gesprochen: anfangs von Partisanen, dann insbesondere von Intellektuellen, ihrem Schulterschluss mit der Arbeiterschaft in Polen, aber Sie erwähnten auch die Rolle der Zivilgesellschaft beim Aufbau von Gegeninstitutionen. Und natürlich spielt die Zivilgesellschaft auch für die Erinnerungskultur eine wichtige Rolle. Können wir jenseits von Polen von der Existenz einer solchen Zivilgesellschaft überhaupt ausgehen?

Peters: Es gibt eine provokante These des amerikanischen Historikers Stephen Kotkin: Die Revolutionen von 1989, die häufig der Zivilgesellschaft zugeschrieben werden, können

schon deshalb nicht von ihr hervorgebracht worden sein, weil es diese Zivilgesellschaft außerhalb Polens eigentlich nirgends gegeben habe. In Wahrheit seien die kommunistischen Regime im Wesentlichen implodiert, weil die Herrschaftseliten das Interesse an ihrer Aufrechterhaltung verloren hatten. Das ist zwar eine sehr pointierte Deutung, aber da ist tatsächlich einiges dran. Natürlich gab es auch in der Tschechoslowakei eine großartige Szene von Dissidenten, allen voran Václav Havel, den späteren Präsidenten. Aber das waren eben recht elitäre Zirkel, die weit davon entfernt waren, die Gesellschaft als Ganze zu erfassen. In Ungarn war es noch stärker so, dass die Reformbewegung in den späten 1980er Jahren im Wesentlichen vom liberalen Flügel der kommunistischen Partei ausging, der dann eine gemeinsame Plattform mit den Dissidenten gesucht hat. Insofern ist die polnische Entwicklung in der Tat die Ausnahme.

Allerdings haben wir, wenn wir in die baltischen Staaten schauen, speziell nach Litauen, ganz spät in den 1980er Jahren auch eine Massenbewegung, die inspiriert von den polnischen Nachbarn für die Unabhängigkeit des Landes von der Sowjetunion demonstriert hat. Das lief nicht gewaltfrei ab, da Michail Gorbatschow die Demonstranten in Vilnius im Januar 1991 mit Waffengewalt bekämpfen ließ, was in dem allgemein positiven Gorbatschow-Bild im Westen häufig vergessen wird. Trotzdem kann man nicht von einer länger bestehenden, breit verankerten Oppositionsbewegung wie in Polen sprechen. Auch in der Tschechoslowakei und der DDR entstand diese erst im Laufe des Jahres 1989, als sich die ersten Risse im Gebälk der Herrschaftsordnung bereits deutlich zeigten.

***LaG*:** Haben die Träger des Widerstandes in den unterschiedlichen Phasen ihre widerständigen Handlungen mit bestimmten Narrativen verknüpft? Narrative, die dann Anker für Erinnerung, aber auch für Geschichtspolitik, waren und sind?

»Auf jeden Fall gibt es nicht das eine Narrativ, und ebenso vielfältig und streitbar wie die Formen und Hintergründe des Widerstands gegen den Staatssozialismus selbst waren, ist auch die heutige Erinnerung an diesen.«

Peters: Auf jeden Fall gibt es nicht das *eine* Narrativ, und ebenso vielfältig und streitbar wie die Formen und Hintergründe des Widerstands gegen den Staatssozialismus selbst waren, ist auch die heutige Erinne-

rung an diesen. Das gilt insbesondere für Polen, wo die Oppositionsbewegung besonders breit war und verschiedene soziale und ideologische Gruppen in sich vereinte, deren Ziele keineswegs in allen Punkten übereinstimmten. Deshalb ist auch die Erinnerung daran bis heute stark polarisiert und umstritten.

Ein wirkmächtiges Narrativ in Bezug auf die Dissidentenbewegungen konzentriert sich auf die Idee der „Rückkehr nach Europa". Dieser Gedanke beruht darauf, Länder wie Tschechien oder Polen als Teil von *Mittel*europa zu betrachten und nicht als Teil von *Ost*europa. Er zielt also darauf ab, sich soweit wie möglich von Russland abzugrenzen. Diese Sichtweise war eine zentrale Grundlage des zeitgenössischen Selbstbildes der liberalen Dissidenten, und sie strukturiert auch die von diesen geprägte heutige Erinnerung: Die „Rückkehr nach Europa", also das Aufschließen zu einem kulturell und teilweise auch ökonomisch verstandenen zivilisatorischen Bezugspunkt, wird als zentrales Vermächtnis des Widerstands gegen den Kommunismus betrachtet, das spätestens mit der Aufnahme dieser Länder in NATO und Europäische Union auch in Erfüllung gegangen ist.

Das andere, ein Stück weit konkurrierende Narrativ ist das nationale. Teile der Oppositionsbewegungen stellten viel stärker die nationale Unabhängigkeit in den Mittelpunkt ihres Selbstverständnisses – Unabhängigkeit nicht nur von Moskau, sondern später auch von Brüssel, und erst recht von Berlin. Dieses nationale Narrativ hat in den letzten Jahren die Geschichtskultur und Erinnerungspolitik in Ungarn unter Viktor Orbán, aber auch in Polen unter der PiS-Regierung, zunehmend geprägt. Aus dieser Perspektive wird der politische Umschwung von 1989, der sowohl in Ungarn als auch in Polen mithilfe eines Kompromisses zwischen den Kommunisten und dem liberalen Flügel der Oppositionsbewegung erreicht wurde, sehr kritisch beurteilt. Demnach hätten die liberalen Oppositionseliten trotz der vermeintlich kurz bevorstehenden antikommunistischen Revolution mit den Kommunisten paktiert, um sich am nationalen Volkseigentum zu bereichern. Diese Kompromissbereitschaft wird ihnen heute als Verrat an den Zielen des antikommunistischen Widerstands ausgelegt.

Das augenfälligste Symbol dieser geschichtspolitischen Spaltung ist in Polen der 4. Juni 1989 – der Tag, an dem die am Runden Tisch vereinbarten, ersten teilweise freien Wahlen stattfanden. Während Jarosław Kaczyński und die politische Rechte die Bedeutung dieser ausgehandelten Wahlen herunterspielen, stellen sich die Liberalen um Donald Tusk, den jetzigen Ministerpräsidenten, gezielt in diese Kontinuitätslinie, indem sie politische Großdemonstrationen an den Jahrestagen organisieren. Diese Narrative sind also bis heute auch parteipolitisch virulent.

***LaG*:** Gibt es heute Unterschiede zwischen den eher autoritär regierten und den demokratischen Ländern in der Ausrichtung oder Schwerpunktsetzung ihrer Erinnerungskultur? Gelingt es, auch widerstreitende Narrative in eine auch staatliche Erinnerungskultur zu integrieren?

Peters: Es fällt schon auf, dass illiberale Regierungen wie in Polen (bis 2023) und in Ungarn großen Wert auf staatliche Geschichtspolitik legen. In Polen wurde insbesondere die Erinnerung an die „verfemten Soldaten“ propagiert, also an den bewaffneten Widerstand der frühen Nachkriegsjahre, der viel stärker gewichtet wird als der spätere zivilgesellschaftliche Widerstand im Zeichen der Solidarność-Bewegung. Dieser hatte aus Sicht der PiS-Regierung den Makel, nicht in einem heroischen Aufstand, sondern in einem liberalen Kompromiss geendet zu sein. Vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine erscheint die Idee, bis zum letzten Blutstropfen für die Freiheit zu kämpfen, weit über die polnische nationale Rechte hinaus wieder sehr aktuell. In Ungarn, wo die autoritäre Herrschaft von Viktor Orbán und seiner Fidesz-Partei schon länger etabliert ist, ist die Situation insofern ein bisschen anders, als Orbán selbst 1989 als einer der größten Liberalen auftrat. Seine Partei, die 1988 als „Bund junger Demokraten“ gegründet wurde, lehnte sich schon damals gegen den „faulen Kompromiss“ der etablierten Akteure auf. Heute will Orbán von seinem damaligen Liberalismus nichts mehr wissen, was ihn aber nicht daran hindert, den Zäsurcharakter von 1989 zu negieren und seine eigene Regierung als wahren Meilenstein des antikommunistischen Wandels zu inszenieren. In Polen ist das nicht viel anders: Dort hat die PiS-Regierung ernsthaft für sich reklamiert, dass erst mit ihrer Justizreform von 2017 der Kommunismus beendet worden sei.

***LaG*:** Lässt sich in Bezug auf die Erinnerungskultur eine staatliche Agenda erkennen, mit Geschichte Politik zu machen?

Peters: Zwischen Erinnerungskultur und Geschichtspolitik besteht natürlich eine gewisse Interdependenz. Das zeigt sich beispielsweise in Danzig (Gdańsk) ganz augenfällig, wo auf dem Gelände der ehemaligen Leninwerft, der Keimzelle der Solidarność-Bewegung, zwei gegensätzliche Erinnerungsorte miteinander konkurrieren. Auf der einen Seite setzt das Europäische Solidarność-Zentrum, das von der Stadt Danzig getragen wird und dessen imposanter Neubau mit erheblichen europäischen Fördermitteln kofinanziert wurde, die liberale Erfolgsgeschichte in Szene. Direkt gegenüber befindet sich eines der wenigen Überbleibsel der historischen Bausubstanz der Danziger Werft, in der damals die berühmten Streiks begonnen haben. Dieses Gebäude wird als Erinnerungsort von der Gewerkschaft Solidarność verwaltet, die heute ein enger Bündnispartner des PiS-Lagers ist. Man kann dort also direkt gegenüber, auf unterschiedlichen Straßenseiten, zwei Erinnerungsorte besuchen, die ganz unterschiedliche Narrative über die Vergangenheit vermitteln. An den historischen Jahrestagen lief zu Zeiten der PiS-Regierung der polnische Ministerpräsident regelmäßig an dem modernen Solidarność-Zentrum vorbei, um dem Gedenkort der Solidarność seine Aufwartung zu machen. Und ein paar Stunden später trafen sich dann die Stadtpräsidentin von Danzig mit Lech Wałęsa und anderen prominenten Ex-Oppositionellen in dem von der Kommune betriebenen Zentrum zu ihrer eigenen Gedenkveranstaltung.

»Zwischen Erinnerungskultur und Geschichtspolitik besteht natürlich eine gewisse Interdependenz.«

Beide Narrative sind allerdings nicht nur institutionell repräsentiert, sondern verfügen über eine gewisse Legitimation im politischen Raum und sind – wenn auch in jeweils unterschiedlichen Gruppen – durchaus gesellschaftlich verankert. Die mit harten Bandagen geführten Auseinandersetzungen um staatliche Geschichtspolitik reagieren nicht zuletzt auf gesellschaftliche Bedürfnisse und emotionale Bezugspunkte. Schließlich haben sich die großen Hoffnun-

»Schließlich haben sich die großen Hoffnungen, die mit beiden Narrativen verbunden waren – ‚Rückkehr nach Europa' und ‚Unabhängigkeit' –, angesichts der sozialen Härten der Transformationszeit nach 1989 nicht für alle gleichermaßen realisiert.«

gen, die mit beiden Narrativen verbunden waren – „Rückkehr nach Europa“ und „Unabhängigkeit“ –, angesichts der sozialen Härten der Transformationszeit nach 1989 nicht für alle gleichermaßen realisiert.

***LaG*:** Haben sich die Erinnerungskulturen, Narrative und auch der geschichtspolitische Umgang mit ihnen seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine verändert?

Peters: Ich meine, dass der russische Angriffskrieg die Aufmerksamkeit für den Widerstand gegen die sowjetische Herrschaft verstärkt hat und der nationalen Grundierung der Erinnerungskulturen ein stärkeres Gewicht gibt. In Polen habe ich selbst bei liberalen Fachkollegen den Impuls beobachtet, wieder mehr Geschichte „zur Stärkung der Herzen“ zu schreiben, wie es eine schöne Wendung im Polnischen ausdrückt. Es gibt also ein verstärktes Bedürfnis nach einer Geschichtsschreibung, die den nationalen Zusammenhalt fördert. Auch die Heroisierung des militärischen Widerstands der antisowjetischen Partisanen, die zuvor in diesen Kreisen eher mit kritischer Distanz betrachtet wurde, gewinnt sicher an gesellschaftlicher Legitimität. Die ohnehin schon stark in die polnische, aber auch in die baltischen Geschichtskulturen eingeschriebene Ablehnung Russlands als des bösen Anderen erfährt damit neuerlich eine Aktualisierung. Das desavouiert natürlich nicht automatisch das Narrativ der „Rückkehr nach Europa“. Das Bündnis mit westeuropäischen Partnern wird als Bestätigung der eigenen zivilisatorischen Entscheidung betrachtet, aber sobald sich Anzeichen für deren mangelnde Standhaftigkeit gegenüber der russischen Aggression zeigen, leistet dies einer nationalistischen Logik des „koste es, was es wolle“ Vorschub. Es wird sich zeigen, welche Tendenz letzten Endes die Oberhand behält – nicht zuletzt mit Blick auf die spannungsreichen Verflechtungen der jeweiligen nationalen Erinnerungskulturen untereinander, etwa zwischen polnischen und ukrainischen Nationalisten.

»Ich meine, dass der russische Angriffskrieg die Aufmerksamkeit für den Widerstand gegen die sowjetische Herrschaft verstärkt hat und der nationalen Grundierung der Erinnerungskulturen ein stärkeres Gewicht gibt.«

Insgesamt scheint es mir für das Verständnis der Gegenwart wichtig, stärker auf den Transformationsprozess nach 1989 zu schauen und auf die Erfahrungen, die in den ostmitteleuropäischen Ländern damit verbunden waren. Denn an diese disparaten Erfahrungen und an die diffuse Wahrnehmung, dass der kapitalistische Westen den Osten damals überrollt hätte, knüpft Putin mit seinem russischen neoimperialen Opfernarrativ an. Das ist auch eine Leerstelle der zeithistorischen Forschung. Es gilt, die Verflechtungen unterschiedlicher Erinnerungskulturen und ihrer Narrative über die Zeit nach 1989 empirisch zu untersuchen, um ihre geschichtspolitischen Implikationen in der Gegenwart verstehen zu können.

»Insgesamt scheint es mir für das Verständnis der Gegenwart wichtig, stärker auf den Transformationsprozess nach 1989 zu schauen und auf die Erfahrungen, die in den ostmitteleuropäischen Ländern damit verbunden waren.«

Widerstand in Polen 1945 bis 1989 – Ereignis und Erinnerung

Peter Oliver Loew

Das kommunistische Regime richtete sich in Polen innerhalb weniger Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg ein. Während das Land nach der schrecklichen deutschen Besatzungsherrschaft, innerhalb derer mehr als fünf Millionen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger Polens ums Leben gekommen waren, zunächst aufgeatmet hatte, überzog kurz darauf die von der Sowjetunion gestützte Regierung das Land erneut mit einer Verfolgungswelle.

Der Widerstand gegen die neuen Machtverhältnisse begann bereits während ihres Aufbaus und entlud sich in einer Reihe gewaltsamer Aufstände und massenhafter Proteste. Das Widerstandshandeln unter dem kommunistischen Regime konnte an eine lange polnische Tradition von Aufständen und Untergrundaktionen anknüpfen. Seit den Teilungen Polens am Ende des 18. Jahrhunderts hatte sich die Bevölkerung mehrfach gegen die russischen Besatzer erhoben (1794, 1830/31, 1863/64). Auch gegen die preußische (1846/48) und österreichische Herrschaft (1846) begehrte sie auf. Kurz nach dem Ersten Weltkrieg brachen Aufstände gegen die Deutschen in Posen/Großpolen und Oberschlesien aus. Während des Zweiten Weltkriegs entwickelte sich ein polnischer Untergrundstaat. 1943 erhob sich in Warschau die im Ghetto eingeschlossene jüdische Bevölkerung und 1944 die polnische Untergrundarmee gegen die deutschen Besatzer. Auch wenn fast alle dieser bewaffneten Kämpfe scheiterten, so prägten sie die politischen Mentalitäten der Polinnen und Polen erheblich. Sie waren auch für das Aufbegehren gegen die kommunistische Diktatur ein wichtiger Bezugspunkt.

»Das Widerstandshandeln unter dem kommunistischen Regime konnte an eine lange polnische Tradition von Aufständen und Untergrundaktionen anknüpfen.«

WELLEN DES WIDERSTANDS GEGEN DEN KOMMUNISMUS

Bereits unmittelbar nach Ende der Kampfhandlungen 1944/45 und noch während der erst 1947 abgeschlossenen Machtübernahme durch die Moskau-hörigen Kommunisten nahmen mehrere zehntausend antikommunistische Partisanen – überwiegend Angehörige der Untergrundbewegung aus den Kriegsjahren – einen bewaffneten Kampf gegen die Strukturen des neuen Staates auf. Die in einem breiten Spektrum zwischen politischem Kampf und gewöhnlicher Kriminalität agierenden Gruppen wurden von der Staatsgewalt bis Mitte der 1950er Jahre jedoch zerschlagen.

Zum ersten massiven Aufstand gegen die Volksrepublik Polen kam es am 28. Juni 1956 in Posen, als nach Preiserhöhungen Beschäftigte der Stalin-Werke (Cegielski-Werke) ins Stadtzentrum marschierten. Viele weitere Arbeiterinnen und Arbeiter schlossen sich ihnen an. Gegen die rund 100.000 Aufständischen wurde die Armee mit Panzern in Bewegung gesetzt. Diese schlug den Aufstand rasch wie brutal mit rund 75 Todesopfern nieder, trotzdem war das Ereignis der Anlass für ein kurzzeitiges politisches „Tauwetter“ in der polnischen Innenpolitik.

Im März 1968 entzündete sich am Verbot der Aufführung eines Theaterstücks des Nationaldichters Adam Mickiewicz in Warschau ein Studentenprotest, der von der Miliz (so wurde im kommunistischen Polen die Polizei genannt) gewaltsam aufgelöst wurde – viele Dutzend Studierende wurden verhaftet. Zu einer Mobilisierung der arbeitenden Bevölkerung kam es damals nicht. Anders im Dezember 1970: Am 14. Dezember brach in der Danziger Werft nach Preiserhöhungen ein spontaner Streik aus, dem sich Arbeitende in vielen anderen Städten, insbesondere in Gdingen (Gdynia) und Stettin (Szczecin), anschlossen. Die Demonstrierenden setzten u.a. die Danziger Parteizentrale in Brand. Auch dieser Aufstand wurde brutal niedergeschlagen, knapp 50 Menschen kamen ums Leben. 1976 waren es erneut Preiserhöhungen, die im Juni zu Streiks und Demonstrationen in vielen Fabriken führten. In der Stadt Radom wurden die Proteste besonders gewalttätig unterdrückt. Das zur Unterstützung der Verhafteten gegründete „Komitee zur Verteidigung der Arbeiter“ (Komitet Obrony Robotników, KOR)

wurde zur Keimzelle der politischen Opposition – aus der Einsicht heraus, dass die bisherigen Proteste unter anderem am fehlenden Schulterschluss von Arbeiterinnen und Arbeitern auf der einen und Intellektuellen auf der anderen Seite gescheitert waren.

Der Höhepunkt des Widerstands gegen die herrschenden Verhältnisse begann zweifelsohne mit der Streikwelle vom August 1980: Wieder waren es Preiserhöhungen, die zunächst die Belegschaft der Danziger Lenin-Werft zu spontanen Streiks veranlassten, die sich blitzschnell auf ganz Polen ausbreiteten. Angesichts des massenhaften Charakters sah sich die Regierung diesmal genötigt, mit der Arbeiterbewegung zu verhandeln und schließlich die Bildung einer freien Gewerkschaft, der Solidarność, zuzulassen mit dem charismatischen Arbeiterführer Lech Wałęsa an der Spitze. Am 13. Dezember 1981 verhängte das Regime auf Druck Moskaus und wegen der angespannten wirtschaftlichen Lage das Kriegsrecht, das mit massivem Militäreinsatz durchgesetzt wurde. Nun verlagerte sich der Widerstand wieder in den Untergrund. Eine neue Protestwelle ab 1988 führte schließlich im Sommer 1989 zu dem am Runden Tisch vereinbarten Übergang zu einem demokratischen System.

ERINNERUNG UND GESCHICHTSPOLITIK

Die für ganz Europa beispiellose Intensität und Kontinuität des polnischen Widerstandshandelns war im 20. Jahrhundert ein Leitmotiv der polnischen Ideen von Staat und Nation. Neben der Erinnerung an die Opfer des NS-Terrors war es die Erinnerung an den Widerstand gegen die kommunistische Herrschaft mit seinen Protagonistinnen und Protagonisten, die in der Gegenwart als moralische Richtschnur diente. In den dreieinhalb Jahrzehnten seit Ende der Volksrepublik Polen hat es hier verschiedene Konjunkturen gegeben. Aufgrund des zeitlichen Abstands standen zunächst die Ereignisse von 1956 und 1970 im Mittelpunkt, wobei die wichtigsten Denkmalsetzungen bereits 1980/81 während der Solidarność-Jahre erfolgten: Das Denkmal für die Opfer des Juni 1956 in Posen operiert ähnlich wie das Dan-

»Die für ganz Europa beispiellose Intensität und Kontinuität des polnischen Widerstandshandelns war im 20. Jahrhundert ein Leitmotiv der polnischen Ideen von Staat und Nation.«

Denkmal für die Opfer des Juni 1956 in Posen, Quelle: https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/e/e9/Poznanskie_Krzyze_Pomnik.jpg, CC BY-SA 3.0.

Monument in Gdansk to the fallen Shipyard workers of 1970, 21. Juli 2013, Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Pomnik_Poleg%C5%82ych_Stoczniowc%C3%B3w_1970#/media/Datei:Monument_to_the_fallen_Shipyard_workers_of_1970.JPG , CC BY-SA 3.0.

ziger Denkmal für die Gefallenen Werftarbeiter von 1970 mit großen christlichen Kreuzen, welche die Bedeutung der katholischen Kirche für den Widerstand versinnbildlichen und überhöhen.

Während die Erinnerung an diese beiden Ereignisse seit 1989 innenpolitisch wenig umstritten war, blieb die Erinnerung an die Proteste von 1980/81 und die Entstehung der Solidarność lange geprägt von politischen Auseinandersetzungen: Das liberale Lager, das nach der Systemtransformation zunächst an die Regierung kam – und für das Lech Wałęsa 1990 zum Staatspräsidenten gewählt wurde –, sah die Widerstandswelle als zivilgesellschaftliches Aufbegehren für eine „Rückkehr nach Europa“. Die nationalen Kräfte kritisierten den 1988/89 zwischen Solidarność und Regime geschlossenen Elitenkompromiss als Ursünde der neuen „Dritten Republik“ und interpretierten die Solidarność als katholisch-patriotische Bewegung. Das 2007 gegründete und 2014 eröffnete Europäische Solidarność-Zentrum in Danzig verkörpert die liberale Sicht der Widerstandsgeschichte.

Die antikommunistischen Partisanen der Nachkriegszeit – ein in der Volksrepublik Polen weitgehend tabuisiertes Thema – gerieten erst im neuen Jahrtausend in die Aufmerksamkeit der Geschichtspolitik. Unter der Bezeichnung „żołnierzy wyklęci” (verfemte bzw. verstoßene Soldaten) wurden ihre Anführer insbesondere von polnisch-nationalen Gruppen und Parteien heroisiert; seit 2011 gibt es einen Nationalen Gedenktag für diese Opfergruppe (1. März).

Ein Mural in der Stadt Nowa Ruda (Neurode) verherrlicht in den 2010er Jahren die „verfemten Soldaten“, Foto: Jacek Halicki, Quelle: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2016_Mural_%C5%BBo%C5%82nierze_Wykl%C4%99ci,_w_Nowej_Rudzie.jpg, CC BY-SA 4.0.

Eine Gedenktafel in der südostpolnischen Stadt Sanok erinnert an Mitglieder der „Nationalen Streitkräfte“ (Narodowe Siły Zbrojne, NSZ), einer nationalistischen und antisemitischen Untergrundbewegung in den letzten Jahren des Zweiten Weltkriegs, die von den kommunistischen Behörden verfolgt wurden und am 24. Mai 1946 im Stadion von Sanok öffentlich gehenkt wurden, Foto: 8. Juni 2014, Quelle: https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/d/d0/Plaque_to_executed_NSZ_soldiers_in_Sanok_1946_-_Henryk_Ksi%C4%85%C5%BCek%2C_W%C5%82adys%C5%82aw_Kudlik%2C_W%C5%82adys%C5%82aw_Skwarc_%282014%29.jpg, CC BY-SA 3.0.

Denkmäler und Gedenktafeln für Opfer des antikommunistischen Widerstands finden sich in vielen polnischen Städten und Kirchen; die Helden des Widerstands werden oft in Form großformatiger Wandgemälde („Murale“) verherrlicht.

Während der Regierungszeit von Jarosław Kaczyńskis Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (Prawo i Sprawiedliwość, PiS) zwischen 2015 und 2023 wurden auf der einen Seite vom Staat die vergangenen heroischen Widerstandsereignisse zu Zwecken der nationalen Identitätsbildung besonders betont. Auf der anderen Seite knüpften die liberale Opposition und die Zivilgesellschaft ebenso an die Geschichte des Aufbegehrens gegen missliebige Regierungen an, etwa bei den jahrelangen Demonstrationen gegen die Verletzung der Gewaltenteilung und der Rechtsstaatlichkeit oder gegen die Verschärfung der Abtreibungsgesetzgebung.

Aufgrund der eigenen Widerstandstraditionen genießen in Polen Widerstandsbewegungen in autoritären und totalitären Staaten grundsätzlich große Sympathie: So wird die belarussische Opposition lagerübergreifend unterstützt, und der Verteidigungskampf der Ukraine gegen Russlands Angriffskrieg gilt als eine Art Fortsetzung des mehr als 200 Jahre währenden polnischen Kampfs gegen russisch-sowjetische Dominanz.

Autor:in

Peter Oliver Loew (geb. 1967) ist Historiker und Kulturwissenschaftler. Er ist Direktor des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt und Honorarprofessor an der Technischen Universität Darmstadt.

1956 – 68 Jahre danach. Die antiwestliche Umdeutung von Erinnerung in Ungarn?

Árpád v. Klimó

Als am 24. Februar 2022 russische Panzer in die Ukraine eindrangen, erinnerte das an den 4. November des Jahres 1956, als 15 sowjetische Divisionen in Ungarn einmarschierten. In beiden Fällen hatte die Führung in Moskau den Einmarsch deshalb befohlen, weil in den Nachbarländern Massendemonstrationen neue Regierungen an die Macht gebracht hatten, die eine neue, nach Westen orientierte Außenpolitik versprachen, vor allem aber im Inneren mehr Demokratie ermöglichen wollten. Das wurde in Moskau als Bedrohung für das eigene, autoritäre politische System angesehen, vermutlich auch, weil der Führung die geringe Attraktivität ihres eigenen politischen Modells bewusst war.

WAS 1956 IN UNGARN GESCHAH...

Am 1. November 1956 hatte der damalige kommunistische Ministerpräsident Imre Nagy Forderungen der antistalinistischen Protestbewegung nach mehr Demokratie akzeptiert, und zugleich den Austritt Ungarns aus dem von Moskau kontrollierten Warschauer Pakt verkündet. Obwohl die Proteste der Studierenden, der überwiegend jüngeren Arbeitenden sowie von Teilen der ungarischen Armee sich zunächst vor allem gegen die brutale stalinistische Diktatur und deren Symbole richteten – am 23. Oktober hatten Demonstrierende eine Statue von Stalin in Budapest gestürzt –, war klar, dass eine Demokratisierung Ungarns kaum von der außenpolitischen Ausrichtung des Landes zu trennen war.

Die stalinistische Diktatur mit ihrer allgegenwärtigen Propaganda, ihren gewaltsamen Umerziehungsmethoden und ihrem umfangreichen Unterdrückungssystem hatte sich nach Stalins Tod 1953 leicht geöffnet. Sie schränkte jedoch weiterhin fast jegliche Möglichkeit ein, sich als In-

Head of the Stalin statue in Budapest, 23.10.1956, Fortepan adományozó HOFBAUER RÓBERT, URL: https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/2/2a/1956_a_budapesti_Szt%C3%A1lin-szobor_elgurult_feje_fortepan_93004.jpg, CC BY-SA 3.0.

dividuum außerhalb des starren kommunistischen Rahmens zu bewegen.

In Kijv (Kiew) hatten 2014 blutige Kämpfe am Maidan-Platz zu einer Kursänderung der ukrainischen Regierung, zum Versprechen für mehr Demokratie, und vor allem für eine Annäherung an die Europäische Union geführt. Die russische Führung reagierte mit der gewaltsamen, militärischen Besetzung der Krim sowie weiterer ukrainischer Gebiete. In beiden Fällen hatten sich die Demonstrationen an der Frage entzündet, ob in Ungarn bzw. in der Ukraine eine freiheitliche, demokratische Ordnung möglich sein könnte, oder ob die weitere Entwicklung der beiden Länder von Moskau aus diktiert werden würde. Dies ist jedenfalls *eine* mögliche Deutung der Ereignisse von 1956 und 2014. Doch weil historische Begebenheiten immer komplex sind, kann das Damals auch über andere Erzählungen mit der heutigen Zeit verknüpft werden.

»In beiden Fällen hatten sich die Demonstrationen an der Frage entzündet, ob in Ungarn bzw. in der Ukraine eine freiheitliche, demokratische Ordnung möglich sein könnte, oder ob die weitere Entwicklung der beiden Länder von Moskau aus diktiert werden würde.«

VIKTOR ORBÁN UND 1956

Die heutige ungarische Regierung unter Ministerpräsident Viktor Orbán deutet die Revolution von 1956 anders. Sie sieht keine Parallele zwischen dem Angriff der Sowjetunion von damals und dem brutalen Angriffskrieg von heute. In einer Rede, die Orbán 2023 anlässlich des Gedenkens an die Opfer der Revolution von 1956 hielt, erwähnt er den im Nordosten tobenden Krieg eher am Rande. Er betont vielmehr, dass seine Regierung für den Versuch gescholten worden sei, die Völker Europas davon abzubringen, „in einen Krieg zu marschieren“. Orbán bezieht sich damit auf seine Entscheidung, im Unterschied zu Polen, Tschechien, der Slowakei oder den baltischen Staaten sowie der

überwiegenden Mehrheit der Europäischen Union und der NATO, die Ukraine nicht militärisch zu unterstützen. Stattdessen lässt sich Orbán 2024 auf Wahlplakaten zeigen, auf denen er unter vier riesigen, blauen Buchstaben zu sehen ist, die das Wort „BÉKE“ (Frieden) bilden. Denn, so Orbán: Brüssel sei in einen Krieg hineingerast, „aus dem es nicht wieder herauskommt“. Kein Wort davon, dass Russland die Ukraine, einen souveränen Nationalstaat, dessen Grenzen Moskau vertraglich garantiert hatte (Budapester Erklärung 1994), willkürlich überfiel.

In seiner Rede in Veszprém geht der selbsternannte Friedens-Premier aber noch weiter: Statt die Sowjetunion mit der derzeitigen russischen Führung unter dem ehemaligen KGB-Mann Vladimir Putin zu vergleichen, zieht er Parallelen zwischen dem kommunistischen Moskau und der EU-Zentrale in Brüssel! In Abwandlung eines Zitates von Karl Marx, wonach sich historische Tragödien als Farce wiederholen (vgl. Marx 1852: 115. Das Originalzitat lautet: „Hegel bemerkte irgendwo, dass alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen. Er hat vergessen, hinzuzufügen: das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce“), konstatiert Orbán: Brüssel sei zwar nicht Moskau, aber auch Brüssel wolle Ungarn diktieren, was es zu tun habe, und wörtlich: „Moskau war eine Tragödie; Brüssel ist nur eine schlechte, heutige Parodie. Wir mussten nach Moskaus Pfeife tanzen. Aber wenn Brüssel pfeift, tanzen wir, wie wir wollen; und wenn wir nicht wollen, tanzen wir einfach nicht“ (Rede in eigener Übersetzung).

Zugleich betrauert Orbán die Opfer von 1956, besonders Studierende und einen jungen Lehrer aus Veszprém, der an Demonstrationen teilnahm und später hingerichtet wurde. Diesen Märtyrern und Helden setzt er die damaligen ungarischen Kommunisten gegenüber, die während der Revolution treu an der Seite der Sowjets blieben. Solche „nationalen Verräter“ seien nach 1989 in der Sozialistischen Partei zu finden gewesen, die Ungarn in den 1990er und frühen 2000er Jahren regierte. Letztlich seien es aber die Opfer von 1956 gewesen, die langfristig zur friedlichen Wende von 1989 beigetragen hätten. Dabei klammert er die wichtige Rolle der Reformkommunisten aus, die den Übergang in die Demokratie ganz entscheidend unterstützt hatten.

Vertreterinnen und Vertreter der marginalisierten ungarischen Opposition betonen dagegen die Parallelen zwischen der sowjetischen Invasion von 1956 und dem russischen Einmarsch in die Ukraine von 2014 bzw. 2022. So etwa der ungarisch-amerikanische Politiker Daniel Berg, Vizepräsident der Allianz von Liberalen und Demokraten (ALDE) im Europäischen Parlament und Vizebürgermeister des II. Bezirks der Hauptstadt Budapest, der Orbáns prorussischen Kurs als Verrat an 1956 bezeichnet (vgl. *The Guardian*, 23.10.2023). Es sei traurig, so Berg, dass der Geist von 1956 heute eher in Kijv als in Budapest zuhause sei.

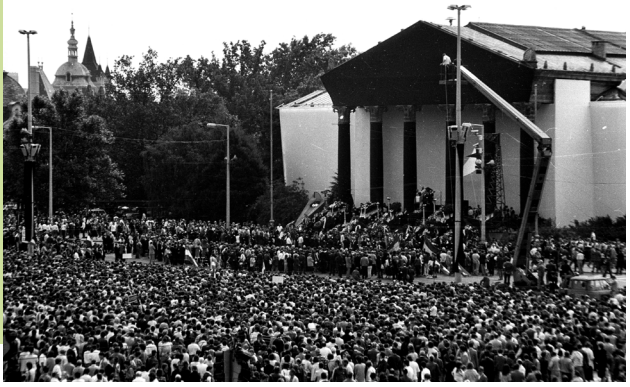
»Vertreterinnen und Vertreter der marginalisierten ungarischen Opposition betonen dagegen die Parallelen zwischen der sowjetischen Invasion von 1956 und dem russischen Einmarsch in die Ukraine von 2014 bzw. 2022.«

NACH DEN WAHLEN VON 2024: ORBÁN BLEIBT POPULÄR

Orbáns Partei Fidesz hat in den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2024 ihre Mehrheit mit 45 % behaupten können. Das bedeutete zwar einen Stimmenrückgang für die Regierungspartei, doch Daniel Bergs Partei Momentum bekam lediglich 3,7 % der Stimmen, während die neu gebildete, eher konservative Oppositionspartei TISZA auf fast 30 % kam. Wie erklärt sich also die relativ geringe Unterstützung für das scheinbar einleuchtende antirussische Narrativ der Ereignisse von 1956 bzw. warum wird Orbán, der seit 2010 stets wiedergewählt wurde, noch von einem großen Teil der ungarischen Gesellschaft unterstützt? Auch wenn die Wahlen durch große Hindernisse für die Oppositionsparteien nicht gleich waren und im Kontext eines von der Regierung fast vollständig kontrollierten Mediensystems geschahen, lässt es sich nicht leugnen, dass Orbán und seine Ideen weiterhin von sehr vielen Ungarinnen und Ungarn unterstützt werden. Wie lässt sich das im Hinblick auf die verschiedenen Erinnerungen an 1956 erklären?

»Die Erinnerung an 1956, die bis 1988 unterdrückt und nur in der Diaspora und von einigen Dissidenten gepflegt wurde, war 1989 zentral für den Übergang zur Demokratie.«

Die Erinnerung an 1956, die bis 1988 unterdrückt und nur in der Diaspora und von einigen Dissidenten gepflegt wurde, war 1989 zentral für den Übergang zur Demokratie. Das wichtigste symbolpolitische Ereignis im Sommer 1989 war die feier-



Die Umbettung von Imre Nagy am 4. Juli 1989, Fortepan adományozó TM, URL: https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/2/22/Nagy_Imre_%C3%BAjratemet%C3%A9se_fortepan_77275.jpg, CC BY-SA 3.0.

liche Wiederbestattung von Imre Nagy und den anderen 1958 hingerichteten Führungsfiguren der Revolution. In einer bewegenden Feier auf dem Budapester Heldenplatz, unter der Teilnahme von Hunderttausenden vor Ort und Millionen an den Fernsehgeräten, erinnerten Redner, die sowohl den Reformflügel der kommunistischen Partei als auch die damalige demokratische Opposition repräsentierten, an die Tragödie von 1956 und richteten ihren Blick auf eine demokratische Zukunft des Landes. Aber bald danach degenerierte das Gedenken zu einem Reservoir für parteipolitische Streitereien. Jede politische Gruppierung versuchte, sich selbst als „wahre“ Repräsentanten der Heldinnen und Helden von damals und den jeweiligen politischen Gegner als Erben der „Verräter“ von 1956 darzustellen.

Viktor Orbán, damals erst 26 Jahre, sprach als Vorsitzender der 1988 neu gegründeten Partei Bund Junger Demokraten (ungarisch Fiatal Demokraták Szövetsége, daraus das Akronym Fidesz) leidenschaftlich und mit wehenden langen Haaren. Seine Rede wurde berühmt, da er der einzige Redner war, der es wagte, die „russische Besetzung und die kommunistische Diktatur“ direkt anzusprechen und den Abzug der „russischen“ Truppen zu verlangen.

Seinen kämpferischen Antikommunismus behielt er über die Jahrzehnte bei, doch bringt Orbán das heutige, postkommunistische russische Regime nicht mit 1956 in Verbindung (selbst Putin hat jüngst die sowjetische Invasion von 1956 als „Fehler“ bezeichnet). Diese rhetorische Unterscheidung zwischen russisch und kommunistisch geht einher mit der heutigen Kritik Orbáns an Brüssel. Er behauptet, nicht gegen die EU zu sein, sondern gegen die derzeitige politische Mehrheit in den europäischen Zentralen, die Ungarn dafür kritisiere, an seinen Werten und Traditionen festzuhalten, dem Land zugleich aber Ideen wie die „Gen-

der-Ideologie“ aufzwingen wolle. Eine solche Kritik ist indes nicht nur in Ungarn, sondern auch in der Slowakei, in Ostdeutschland und sogar in vielen Teilen Westeuropas (wie z.B. Italien) durchaus populär. In Orbáns Erzählung hält Ungarn an eher konservativen europäischen Idealen (Nation, Tradition, Familie, Christentum) fest, wie sie seiner Ansicht nach 1989 noch bestanden, heute in Brüssel jedoch nicht mehr von einer Mehrheit vertreten würden. Sein Blick auf die Ukraine, so könnte man daraus folgern, ist frei von Empathie, da die Ukrainerinnen und Ukrainer in seinen Augen quasi für eine „falsche“, „woke“ europäische Idee kämpfen würden.

STABILITÄT NACH SCHWEREN KRISEN

Man kann die Popularität des autoritären, konservativen Systems, dass Orbán seit 2010 in Ungarn aufgebaut hat, auch mit den schweren ökonomischen und sozialen Krisen und damit einhergehenden Enttäuschungen erklären, die das Land seit 1989, und besonders seit dem Beitritt zur EU und zur NATO im Jahr 2004, heimgesucht haben. Orbán verspricht der ungarischen Gesellschaft politische Stabilität und eine unabhängige, national-egoistische Außenpolitik in einer krisengeplagten, unsicheren Welt. Dabei verschränkt er die Westbindung des Landes mit der Hoffnung, dass der Westen sich dem ungarischen kulturpolitischen Sonderweg annähern würde, was die Europawahl in Italien, den Niederlanden und andernorts vielleicht sogar bestätigen. Damit knüpft Orbán unausgesprochen an die Politik János Kádárs an, jenes kommunistischen Führers, der 1956 mit brutalen Mitteln, gestützt auf die Sowjetarmee, die Macht übernahm und blutige Rache an den Aufständischen, einschließlich Imre Nagy, übte. Allerdings, und das war auf lange Sicht wichtiger, lockerte er ab den 1960er Jahren die Diktatur, ermöglichte mehr kulturelle Freiheiten, begrenzte Propaganda und Umerziehungsmaßnahmen und baute einen Wohlfahrtsstaat auf Pump auf, den viele Ungarinnen und Ungarn heute in relativ positiver Erinnerung haben. Dieser Gesellschaftsvertrag – politische Absti-

»Damit knüpft Orbán unausgesprochen an die Politik János Kádárs an, jenes kommunistischen Führers, der 1956 mit brutalen Mitteln, gestützt auf die Sowjetarmee, die Macht übernahm und blutige Rache an den Aufständischen, einschließlich Imre Nagy, übte.«

nenz gegen soziale Sicherheit und relative private Freiheit – erscheint rückblickend, angesichts eines derzeit herrschenden Gefühls großer politischer und ökonomischer Unsicherheit, für viele Menschen in Ungarn nicht als die schlechteste Option.

QUELLEN UND LITERATUR

Marx, Karl: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte (1852), in: Marx-Engels-Werke, Band 8, S. 115.

Autor:in

Árpád v. Klimó lehrt seit 2012 Moderne Geschichte an der Catholic University of America mit einem Schwerpunkt auf Zentraleuropa. Er ist Mitherausgeber der Hungarian Studies Review. Seine wichtigsten Veröffentlichungen sind: Hungary since 1945 (2019), Remembering Cold Days. The 1942 Massacre of Novi Sad and Hungarian Politics and Society, 1942-1989 (2018), The Routledge History of East Central Europe since 1700 (2017). Derzeit arbeitet er an einer Globalgeschichte des Fußballs.

1968 in Czechoslovakia: Remembrance Policy in Slovakia

Peter Jašek

In the history of Czechoslovakia, 1968 marks an attempt to reform the ruling communist regime and create a special model known as "socialism with a human face." This term reflects the reformed communists' efforts to make the Communist regime more humane. The Communist Party leadership, led by Slovak communist Alexander Dubček since January 1968, implemented several democratisation measures. In April 1968, the Action Programme of the Communist Party was approved, providing legitimacy to the new political direction and its democratisation reforms. The most visible changes included the removal of censorship, economic reforms allowing small enterprises, freedom of travel, rehabilitation of the victims of Communist terror from the 1950s, easing of pressure on churches, and the establishment of non-communist organizations. An important part of these democratisation measures was the establishment of an equal position for Slovakia within the state. Czechoslovakia had undergone centralisation between 1946–1948, and Slovak national bodies had lost all relevant competencies. This changed with the approval of the law of federalisation in October 1968. Such measures were welcomed and supported by the citizens. However, this policy was unacceptable to the Soviet Union and the member states of the Warsaw Pact. The Soviets interpreted the situation in Czechoslovakia as a gradual move to leave the Soviet Bloc and viewed the regime's reforms as a “threat to socialism.” After numerous urgent warnings, in which the Soviets expressed their “concerns about the fate of socialism” and the “danger of counterrevolution,” they decided to take military action in August 1968 to reverse the situation. This decision was made despite the fact that the Czechoslovak leadership had never questioned key Communist principles or the alliance with the Soviet Union.

»This decision was made despite the fact that the Czechoslovak leadership had never questioned key Communist principles or the alliance with the Soviet Union.«

VICTIMS OF THE INVASION

On the night of 20-21 August, 1968, countries belonging to the Warsaw Pact invaded Czechoslovakia. The invasion provoked mass protests and resistance. Thousands of people gathered in the streets and squares to protest against the military invasion, which they considered an occupation. In many places, these protests were met with punishment by the occupying forces.

Candles on the original memorial table dedicated to Peter Legner, autumn 1968. Photo: J. Michalac.

On Šafárik Square in Bratislava, in front of the Comenius University building, a large number of people gathered along a road where Soviet troops were passing. People not only shouted against the occupiers but also threw bricks and stones at the tanks. A subsequent shooting by Soviet soldiers into the assembled crowd claimed three lives: a young student, Danka Košanová, Captain Ján Holík, and a worker, Stanislav Sivák. Despite this, the protests continued the next day, mainly on SNP-Square. Young people organised a demonstration there, along with a petition in support of Alexander Dubček, who had been abducted to the Soviet Union. Soviet soldiers were stationed on the square, and after an incident where a soldier dropping his gun made the crowd laugh, the soldiers fired into the crowd: The young apprentice Peter Legner was shot in the back and collapsed. Another young man, Jozef Szvityel, was seriously wounded. Legner died on the way to the hospital, and Szvityel succumbed to his injuries in November.

However, Bratislava was not the only place in Slovakia where citizens protesting the invasion were killed on August 21. In Detva, Štefan Zdechovan and Rudolf Gavornik were shot while protesting against the invaders. In Zvolen, a worker named Jozef Levák tried to stop the tanks by lying down on the road, but the troops continued forward. In Poprad, people attempted to stop the Soviet tanks by barricading the square and throwing stones. The subsequent

shooting claimed the life of a young student, Jozef Bonk. The most tragic outcome occurred on August 21, 1968, in Košice, where intense protests were taking place. Early in the morning, people built barricades on Liberators' Square and threw stones at passing troops.

Worker Bartolomej Horváth jumped onto one of the tanks and tried to break the glass on its periscope with a shovel; in response, a soldier shot him with a machine-gun bullet. He died on 11 September, 1968. Later in the afternoon, a bullet struck Michal Hamrák, a 16-year-old apprentice from the East Slovak Ironworks.

Ladislav Martoník, a 19-year-old music student, was hit in the head shortly afterward Ján László and Jozef Kolesár also died in the afternoon due to the protests at Liberators' Square and the subsequent shooting. Ján Hatala, a worker at the East Slovak Ironworks, was hit by a bullet near a petrol station on the road toward Prešov. Ivan Schmiedt was hit in the back of the head after the tram he was taking home from work stopped under the soldiers' gunfire.

Not all victims of the invasion lost their lives in the shooting. Incidents involving troops passing through villages were also a frequent cause of fatalities. Current research indicates that a total of 37 victims of the military invasion in Slovakia occurred between August 21 and December 31, 1968 (Bárta et al., 2008).

THE MEMORY OF 1968

In the context of the events of 1968, the 21st of August, the date of the invasion by Warsaw Pact troops, is widely regarded as a symbolic date for commemoration. However, the 21st of August itself is not a public holiday.

Some Members of Parliament, led by Ján Budaj (a leader of the Velvet Revolution in Slovakia in 1989) from the party Ordinary People and Independent Personalities (now OĽaNO), have long advocated for making the 21st of August a remembrance day. These days serve to commemorate significant events in Slovak history but are

»In the context of the events of 1968, the 21st of August, the date of the invasion by Warsaw Pact troops, is widely regarded as a symbolic date for commemoration.«

not official holidays.

Their efforts were finally successful in 2020, when the latest amendment to the list of remembrance days was enacted. The 21st of August was added as the Day of the Victims of the Occupation of Czechoslovakia, along with other days connected to the communist regime (e.g., the 21st of June as the Day of the Departure of the Occupation Troops of the Soviet Army from Czechoslovakia, and the 24th of June as a Day of Remembrance for the Victims of the Communist Regime). On the 21st of August, wreath-laying ceremonies are held at various memorials dedicated to the victims of the invasion. The most prominent commemoration takes place in Bratislava at the Comenius University building on Šafárik Square, where a memorial plaque is dedicated to those shot on the 21st of August 1968.

»On the 21st of August, wreath-laying ceremonies are held at various memorials dedicated to the victims of the invasion.«

The event is organised annually by the Confederation of Political Prisoners of Slovakia in cooperation with Comenius University and is regularly attended by representatives of state authorities, local government, former political prisoners, the diplomatic corps, and remembrance institutions. In recent years, the commemoration has also been attended by high-ranking state officials, including the President, Speaker of Parliament, and Prime Minister.

Wreath-lying ceremony in Bratislava, August 2022, Photo: Matej Novotný.

For the 50th anniversary in 2018, the National Bank of Slovakia issued a souvenir coin (nominal value 10 €), a collector's coin (designed by Prof. Patrik Kovačovský), a commemorative medal (produced by the Kremnica Mint), and a postage stamp (issued by Slovak Post). The central theme of these items was the well-known photograph by Ladislav Bielik, *Man with Exposed Chest*, which depicts a man standing in front of a Soviet tank with his chest exposed in a gesture of despair.

A unique situation has arisen in the city of Košice, where the strongest resistance against the invasion took place in August 1968. The original commemorative plaque, designed by the renowned Košice sculptor Arpád Račko, was installed in 1968 but was removed during the period of so-called normalisation (1969–1989), when the communist regime feared public gatherings on the 21st of August and was even reluctant to commemorate those who died on that day. In short, the regime after 1969 attempted to erase the memory of the invasion's victims.

The original plaque was restored by Košice's citizens after 1991. However, many people in the city remained dissatisfied, leading to a (sometimes passionate) dispute about its content. Some argued that the names of certain victims were missing. A new memorial plaque was unveiled on the 45th anniversary in August 2013 by the then mayor of Košice, Richard Raši, on Main Street. He even established an expert commission to assess the number of victims based on current research.

Despite this, the ceremony to unveil the new plaque sparked heated discussions among its participants. Local activists, led by artist Peter Kalmus and Katarína Rubinová (the sister of Michal Hamrák, who was killed on the 21st of August 1968), demanded the reinstallation of the original plaque and questioned the methodology used to count the victims.

Their concern was that the new plaque included not only the names of those who died as a result of injuries sustained on the 21st of August but also those who died in the following days due to the presence of the Soviet army in Czechoslovakia. They argued that the plaque should only list those who died directly as a result of the protests during the first days of the invasion, as was the case with the original plaque from 1968, which was restored in 1991.

On the other hand, proponents of the new plaque argued that all those who died as a result of the invasion army's presence deserved to be mentioned, even if they were victims of various incidents or car accidents. The most appropriate solution might be a plaque that distinguishes between direct victims (those who died as a result of the

protests on the 21st of August) and indirect victims (those who died later due to various incidents), ensuring the dignity of all victims. However, such a solution currently seems unattainable.

A particularly contentious issue was the inclusion of the name of State Security officer Ján Bajtoš, who was shot by a Soviet military defector in September 1968. Although he was an indirect victim of the military invasion of the 21st of August 1968, his name appeared on the plaque. Bajtoš was an officer of the State Security, the communist regime's political police, and was involved in activities against so-called internal enemies. Protests escalated into dramatic events when activists first taped over and later scraped off Ján Bajtoš's name from the memorial plaque. As a result, the plaque was removed.

The events of 1968 hold an important place in Slovakia's politics of memory. As a period still remembered by hundreds of thousands of people, 1968 attracts attention not only for its historical significance but also for the contribution of Slovaks, led by Alexander Dubček, to its key events. This is reflected in the way the events of 1968 are commemorated, focusing primarily on the August occupation and its dozens of innocent civilian victims, the positive portrayal of Dubček as a politician striving to humanise the communist regime, and the negative portrayal of Vasil Biľak as a pro-Soviet collaborator who betrayed the nation's aspirations for freedom by supporting the policy of normalisation and calling for Soviet intervention in 1968.

»The events of 1968 hold an important place in Slovakia's politics of memory. As a period still remembered by hundreds of thousands of people, 1968 attracts attention not only for its historical significance but also for the contribution of Slovaks, led by Alexander Dubček, to its key events.«

The resulting narrative is relatively homogeneous and is reflected in historiography, journalism, artistic representations, and the occupation of public spaces with monuments and busts across Slovakia. The debate about the pillars of this narrative has been the subject of numerous controversies, some of which have ended in court cases, such as the aforementioned disputes in Košice.

LITERATURE

Bárta, Milan/Cvrček, Lukáš/Košický, Patrik/Sommer, Vítězslav: Oběti okupace. Československo 21. 8. – 31. 12. 1968, Praha 2008.

Bischof, Günter/Karner, Stefan/Ruggenthaler, Peter (Hrsg.): The Prague Spring and the Warsaw Pact Invasion of Czechoslovakia in 1968, New York 2010.

Bystrický, Valerian et al: Rok 1968 na Slovensku a v Československu: chronológia udalostí, Bratislava 2008.

Jašek, Peter/Klubert, Tomáš (Hrsg.): August 1968. Fakty, osobnosti, udalosti, Bratislava 2020.

Jašek, Peter: Memorial of Vasil Biľak: Did the Truth really remained truth?, in: Ethnologia actualis, vol. 15, 2015, no. 1, pp. 111-122.

Jašek, Peter: Rok 1968 v pamäťovej politike na Slovensku, in: Soudobé dějiny, vol. XXVI., no. 4, pp. 540-557.

Jašek, Peter: Vasil Biľak: kolaborant alebo zradca?, Bratislava 2017.

Londák, Miroslav et al: Rok 1968 a jeho miesto v našich dejinách, Bratislava 2009.

Londák, Miroslav, Londáková, Elena, Sikora, Stanisla: Predjarie. Politický, ekonomický a kultúrny vývoj na Slovensku v rokoch 1960 – 1967, Bratislava 2002.

Pauer, Jan: Praha 1968. Vpád Varšavské smlouvy. Pozadí - Plánovaní – Provedení, Praha 2004;

Sikora, Stanislav: Rok 1968 a politický vývoj na Slovensku, Bratislava 2008.

Autor:in

Peter Jašek, PhD (born 1983), studied history at the Faculty of Arts, University of Trnava. Since 2009, he has worked as a researcher at the Nation's Memory Institute. His research focuses on Slovak history in the 20th century, with a particular emphasis on the events of 1968 in Slovakia, the period of so-called normalisation in the 1970s and 1980s, the fall of the communist regime in Slovakia, and the activities of Slovak political exiles during the 1970s and 1980s.

1968 in der Tschechoslowakei: Erinnerungspolitik in der Slowakei

Peter Jašek
Übersetzung: Grashina Gabelmann

Das Jahr 1968 markiert in der Geschichte der Tschechoslowakei den Versuch, das kommunistische Regime zu reformieren und ein neues Modell zu schaffen, das als "Sozialismus mit menschlichem Antlitz" bekannt wurde. Dieser Begriff spiegelt die Bemühungen der reformierten Kommunisten wider, das kommunistische Regime menschlicher zu gestalten. Die kommunistische Parteiführung, die seit Januar 1968 von dem slowakischen Kommunisten Alexander Dubček geleitet wurde, führte mehrere Demokratisierungsmaßnahmen durch. Im April 1968 wurde das Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei angenommen, das diesen neuen Kurs legitimierte. Zu den sichtbarsten Veränderungen gehörten die Abschaffung der Zensur, Wirtschaftsreformen, die kleine Unternehmen zuließen, Reisefreiheit, die Rehabilitierung der Opfer des kommunistischen Terrors aus den 1950er Jahren, die Lockerung des Drucks auf die Kirchen und die Gründung nichtkommunistischer Organisationen. Ein wichtiger Teil dieser Demokratisierungsmaßnahmen war die Schaffung einer gleichberechtigten Stellung der Slowakei innerhalb des Staates. In der Tschechoslowakei war es zwischen 1946 und 1948 zu einer Zentralisierung gekommen, und die slowakischen nationalen Organe hatten alle relevanten Kompetenzen verloren. Dies änderte sich mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Föderalisierung der Tschechoslowakei im Oktober 1968. Diese Maßnahmen wurden von den Bürgerinnen und Bürgern begrüßt und unterstützt. Für die Sowjetunion und die Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes war diese Politik jedoch inakzeptabel. Die Sowjets sahen in der Entwicklung der Tschechoslowakei einen Austritt aus dem Sowjetblock und betrachteten die Reformen des Regimes als "Bedro-

»Die Sowjets sahen in der Entwicklung der Tschechoslowakei einen Austritt aus dem Sowjetblock und betrachteten die Reformen des Regimes als 'Bedrohung des Sozialismus'.«

hung des Sozialismus". Nach wiederholten eindringlichen Warnungen, in denen die Sowjets ihre “Bedenken über das Schicksal des Sozialismus" und die "Gefahr einer Konterrevolution" zum Ausdruck brachten, beschlossen sie im August 1968, militärisch einzugreifen, um die Situation zu ändern. Diese Entscheidung wurde getroffen, obwohl die tschechoslowakische Führung nie die kommunistischen Grundprinzipien oder das Bündnis mit der Sowjetunion in Frage gestellt hatte.

DIE OPFER DER INVASION

Kerzen auf dem ursprünglichen Gedenktisch für Peter Legner, Herbst 1968. Foto: J. Michalac.

In der Nacht vom 20. auf den 21. August 1968 marschierten die Länder des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei ein. Der Einmarsch löste Massenproteste und Widerstand aus. Tausende von Menschen versammelten sich spontan auf den Straßen und Plätzen, um gegen die militärische Invasion zu protestieren, die sie als Besatzung betrachteten. Vielerorts wurden diese Proteste von den Besatzungsmächten gewaltsam niedergeschlagen. Auf dem Šafárik-Platz in Bratislava, vor dem Gebäude der Comenius-Universität, versammelte sich eine große Anzahl von Menschen entlang einer Straße, an der sowjetische Truppen vorbeizogen. Die Menschen schrien nicht nur gegen die Besatzer, sondern warfen auch Ziegelsteine und Steine auf die Panzer. Als Reaktion darauf eröffneten sowjetische Soldaten das Feuer auf die Menge. Dabei kamen drei Menschen ums Leben: die junge Studentin Danka Košanová, Hauptmann Ján Holík und der Arbeiter Stanislav Sivák. Trotz der Repressionen gingen die Proteste am nächsten Tag weiter, vor allem auf dem SNP-Platz. Dort organisierten junge Leute eine Demonstration und eine Petition zur Unterstützung des in die Sowjetunion verschleppten Alexander Dubček. Auf dem Platz waren sowjetische Soldaten stationiert, die nach einem Zwischenfall, bei dem ein Soldat sein Gewehr fallen ließ und die Menge mit Gelächter

reagierte, in die Menge schossen. Ein Schuss traf den jungen Lehrling Peter Legner in den Rücken, und er kollabierte. Ein weiterer junger Mann, Jozef Szvityel, wurde schwer verwundet. Legner starb auf dem Weg ins Krankenhaus, und Szvityel erlag im November seinen Verletzungen.

Bratislava war jedoch nicht der einzige Ort in der Slowakei, an dem am 21. August Bürger:innen, die gegen die Invasion protestierten, getötet wurden. In Detva wurden Štefan Zdechovan und Rudolf Gavornik erschossen, als sie sich aktiv am Widerstand gegen die Invasoren beteiligten. In Zvolen versuchte ein Arbeiter namens Jozef Levák in einer verzweifelten Aktion, die Panzer aufzuhalten, indem er sich auf die Straße legte, doch die Truppen fuhren weiter. In Poprad versuchten die Menschen in einer spontanen Aktion, die sowjetischen Panzer aufzuhalten, indem sie den Platz verbarrikadierten und Steine warfen. Bei der anschließenden Schießerei kam ein junger Student, Jozef Bonk, ums Leben. Das tragischste Ereignis ereignete sich am 21. August 1968 in Košice, wo heftige Proteste stattfanden. In den frühen Morgenstunden errichteten die Menschen Barrikaden auf dem Platz der Befreier und warfen Steine auf die vorbeifahrenden Truppen.

»Bratislava war jedoch nicht der einzige Ort in der Slowakei, an dem am 21. August Bürger:innen, die gegen die Invasion protestierten, getötet wurden.«

Der Arbeiter Bartolomej Horváth sprang auf einen der Panzer und versuchte, das Glas des Periskops mit einer Schaufel zu zertrümmern, woraufhin ein Soldat ihn mit einer Maschinengewehrkugel erschoss. Er starb am 11. September 1968. Später am Nachmittag traf eine Kugel Michal Hamrák, einen 16-jährigen Lehrling des ostslowakischen Eisenwerks. Ladislav Martoník, ein 19-jähriger Musikstudent, erhielt einen tödlichen Schuss in den Kopf. Auch Ján László und Jozef Kolesár starben am Nachmittag bei den Protesten auf dem Platz der Befreier und den anschließenden Schüssen. Ján Hatala, ein Arbeiter des ostslowakischen Eisenwerks, wurde in der Nähe einer Tankstelle an der Straße nach Prešov von einer Kugel getroffen, und Ivan Schmiedt wurde in den Hinterkopf getroffen, als die Straßenbahn, mit der er von der Arbeit nach Hause fuhr, unter dem Beschuss der Soldaten stand.

Nicht alle Opfer der Invasion starben durch direkte Schüsse. Auch Zwischenfälle, bei denen die Truppen durch Dörfer zogen, waren eine häufige Todesursache. Aktuellen Untersuchungen zufolge gab es zwischen dem 21. August und dem 31. Dezember 1968 insgesamt 37 Opfer der militärischen Invasion in der Slowakei (Bárta et al. 2008).

DIE ERINNERUNG AN 1968

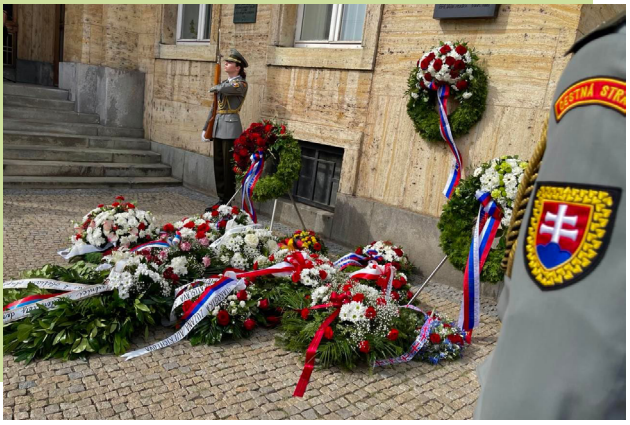
Im Zusammenhang mit den Ereignissen von 1968 wird der 21. August, der Tag des Einmarsches der Truppen des Warschauer Paktes, weithin als symbolischer Gedenktag angesehen. Der 21. August ist jedoch kein gesetzlicher Feiertag. Einige Abgeordnete, allen voran Ján Budaj (ein Anführer der Samtenen Revolution in der Slowakei im Jahr 1989) von der Partei "Gewöhnliche Menschen und Unabhängige Persönlichkeiten" (heute OĽaNO), setzen sich seit langem dafür ein, den 21. August zu einem Gedenktag zu machen. Diese Tage dienen dem Gedenken an bedeutende Ereignisse in der slowakischen Geschichte, sind aber keine offiziellen Feiertage. Ihre Bemühungen wurden schließlich im Jahr 2020 mit der Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes gekrönt. Der 21. August wurde als Tag der Opfer der Okkupation der Tschechoslowakei hinzugefügt, zusammen mit anderen Tagen, die mit dem kommunistischen Regime in Verbindung stehen (z. B. der 21. Juni als Tag des Abzugs der Besatzungstruppen der Sowjetarmee aus der Tschechoslowakei und der 24. Juni als Tag des Gedenkens an die Opfer des kommunistischen Regimes). An diesem Tag finden in der ganzen Slowakei Gedenkveranstaltungen statt, bei denen Kranzniederlegungen an verschiedenen Gedenkstätten für die Opfer der Invasion durchgeführt werden. Die bekannteste Gedenkfeier findet in Bratislava am Gebäude der Comenius-Universität am Šafárik-Platz statt, wo eine Gedenktafel den am 21. August 1968 Erschossenen gewidmet ist.

»Im Zusammenhang mit den Ereignissen von 1968 wird der 21. August, der Tag des Einmarsches der Truppen des Warschauer Paktes, weithin als symbolischer Gedenktag angesehen.«

Die Veranstaltung wird jährlich vom Bund der politischen Gefangenen der Slowakei in Zusammenarbeit mit der Comenius-Universität organisiert, um der Opfer der Invasion zu gedenken und an die Ereignisse von 1968 zu erinnern.

Sie wird regelmäßig von Vertretern staatlicher Behörden, lokaler Regierungen, politischen Gefangenen, des diplomatischen Corps und von Gedenkinstitutionen besucht. In den letzten Jahren unterstrichen auch die Anwesenheit des Präsidenten, des Parlamentspräsidenten und des Premierministers die Bedeutung dieser Gedenkfeier.

Zum 50. Jahrestag im Jahr 2018 gab die Slowakische Nationalbank eine Reihe von Gedenkmünzen und -marken heraus, darunter eine 10-Euro-Gedenk-Münze, eine von Prof. Patrik Kovačovský entworfene Sammlermünze und eine von der Münzanstalt Kremnica hergestellte Gedenkmedaille. Zentrales Thema dieser Gegenstände war das bekannte Foto von Ladislav Bielik *Der Mann mit entblößter Brust*, das einen Mann zeigt, der mit entblößter Brust vor einem sowjetischen Panzer steht und seine Verzweiflung zum Ausdruck bringt.



Zeremonie der Kranzniederlegung in Bratislava, August 2022, Foto: Matej Novotný.

In Košice, wo im August 1968 der Widerstand gegen die Invasion seinen Höhepunkt erreichte, entwickelte sich eine besondere Situation. Die ursprünglich von Arpád Račko entworfene Gedenktafel wurde 1968 angebracht, jedoch während der Normalisierung (1969-1989) aus politischen Gründen entfernt. Das kommunistische Regime fürchtete öffentliche Versammlungen am 21. August und unterdrückte jede Erinnerung an die Opfer.

Nach 1991 restaurierten die Bürger:innen von Košice die ursprüngliche Gedenktafel. Viele Bürger:innen waren jedoch mit der Tafel unzufrieden, was zu heftigen Debatten über ihren Inhalt führte. Einige argumentierten, dass die Namen bestimmter Opfer fehlten. Zum 45. Jahrestag im August 2013 enthüllte der damalige Bürgermeister von Košice, Richard Raši, eine neue Gedenktafel an der Hauptstraße. Er setzte eine Expertenkommission ein, um die Zahl der Opfer anhand der neuesten Forschungsergebnisse zu ermitteln.

Trotzdem entfachte die Zeremonie zur Enthüllung der neuen Gedenktafel heftige Diskussionen unter den Teilnehmer:innen. Lokale Aktivisten, angeführt von Peter Kalmus und Katarína Rubinová, forderten, auch die Namen jener einzubeziehen, die in den folgenden Tagen durch die Anwesenheit der sowjetischen Armee ums Leben kamen. Ihrer Meinung nach sollte die Gedenktafel alle Opfer der Invasion ehren.

Sie plädierten dafür, die Gedenktafel auf die direkten Opfer der ersten Protesttage zu beschränken, wie es die ursprüngliche Tafel von 1968 vorbildlich getan hatte. Die andere Seite argumentierte, dass alle Menschen, die durch die Anwesenheit der Invasionsarmee ums Leben kamen, auf der Gedenktafel erwähnt werden sollten – auch wenn sie Opfer verschiedener Zwischenfälle oder Autounfälle waren. Am besten ließe sich das Problem wohl mit einer Gedenktafel lösen, auf der die Opfer in direkte (diejenigen, die infolge der Proteste am 21. August starben) und indirekte (diejenigen, die später infolge der verschiedenen Zwischenfälle starben) unterteilt werden könnten, wobei die Würde der Opfer an erster Stelle stünde. Doch eine solche Lösung scheint jetzt unerreichbar zu sein.

Befürworter der neuen Tafel plädierten dafür, alle Opfer der Invasion, unabhängig von den Umständen ihres Todes, zu ehren. Eine differenzierte Gedenktafel, die zwischen direkten und indirekten Opfern unterscheidet, wäre die idealste Lösung, um die Würde aller zu wahren.

Besonders kontrovers war die Aufnahme von Ján Bajtoš, einem Offizier der Staatssicherheit, der im September 1968 von einem sowjetischen Deserteur erschossen wurde. Obwohl er indirekt von der Invasion betroffen war, erschien sein Name auf der Tafel. Bajtoš war als Mitarbeiter der Staatssicherheit an Repressionen gegen politische Gegner beteiligt. Die Proteste eskalierten zu dramatischen Ereignissen, als Aktivisten den Namen von Ján Bajtoš zunächst überklebten und später von der Gedenktafel abkratzten.

Die Ereignisse von 1968 nehmen einen wichtigen Platz in der slowakischen Erinnerungspolitik ein. Das Jahr 1968, an das sich noch immer Hunderttausende von Menschen erinnern, zieht nicht nur wegen seiner historischen Be-

deutung die Aufmerksamkeit auf sich, sondern auch wegen des Beitrags der Slowaken, angeführt von Alexander Dubček, zu den Schlüsselereignissen. Dies spiegelt sich in der Art und Weise wider, wie der Ereignisse von 1968 gedacht wird, wobei der Schwerpunkt vor allem auf der Besetzung im August und den Dutzenden unschuldiger ziviler Opfer liegt, sowie in der positiven Darstellung von Dubček als Politiker, der sich um die Humanisierung des kommunistischen Regimes bemüht, und der negativen Darstellung von Vasil Biľak als pro-sowjetischer Kollaborateur, der das Streben der Nation nach Freiheit verriet, indem er die Politik der Normalisierung unterstützte und 1968 zur sowjetischen Intervention aufrief.

Das daraus resultierende Narrativ ist relativ homogen und spiegelt sich in der Geschichtsschreibung, in der Publizistik, in künstlerischen Darstellungen und in der Ausstattung des öffentlichen Raums mit Denkmälern und Büsten in der gesamten Slowakei wider. Die Debatte über die Säulen dieses Narrativs war Gegenstand zahlreicher Kontroversen, von denen einige in Gerichtsverfahren endeten, wie die bereits erwähnten Auseinandersetzungen in Košice.

LITERATUR

Bárta, Milan/Cvrček, Lukáš/Košický, Patrik/Sommer, Vítězslav: Oběti okupace. Československo 21. 8. – 31. 12. 1968, Praha 2008.

Bischof, Günter/Karner, Stefan/Ruggenthaler, Peter (Hrsg.): The Prague Spring and the the Warsaw Pact Invasion of Czechoslovakia in 1968, New York 2010.

Bystrický, Valerian et al: Rok 1968 na Slovensku a v Československu: chronológia udalostí, Bratislava 2008.

Jašek, Peter/Klubert, Tomáš (Hrsg.): August 1968. Fakty, osobnosti, udalosti, Bratislava 2020.

Jašek, Peter: Memorial of Vasil Biľak: Did the Truth really remained truth?, in: Ethnologia actualis, vol. 15, 2015, no. 1, S. 111–122.

Jašek, Peter: Rok 1968 v pamäťovej politike na Slovensku, in: Soudobé dějiny, vol. XXVI., no. 4, pp. 540-557.

Jašek, Peter: Vasil Biľak: kolaborant alebo zradca?, Bratislava 2017.

Londák, Miroslav et al: Rok 1968 a jeho miesto v našich dejinách, Bratislava 2009.

Londák, Miroslav, Londáková, Elena, Sikora, Stanisla: Predjarie. Politický, ekonomický a kultúrny vývoj na Slovensku v rokoch 1960 – 1967, Bratislava 2002.

Pauer, Jan: Praha 1968. Vpád Varšavské smlouvy. Pozadí - Plánovaní – Provedení, Praha 2004;

Sikora, Stanislav: Rok 1968 a politický vývoj na Slovensku, Bratislava 2008.

Autor:in

Peter Jašek, PhD (geboren 1983), studierte Geschichte an der Philosophischen Fakultät der Universität Trnava. Seit 2009 arbeitet er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Nations Memory Institut. Sein Forschungsschwerpunkt liegt auf der slowakischen Geschichte des 20. Jahrhunderts, mit Fokus auf den Ereignissen von 1968 in der Slowakei, der Zeit der sogenannten „Normalisierung“ in den 1970er und 1980er Jahren, dem Fall des kommunistischen Regimes in der Slowakei und den Aktivitäten der slowakischen politischen Exilanten in den 1970er und 1980er Jahren.

Der „Phosphoritkrieg“ – Umweltbewegung und nationale Mobilisierung in der Estnischen SSR

David Feest

In musikalischer Hinsicht war das „Festival für Unterhaltungsmusik“ in der estnischen Universitätsstadt Tartu immer ein Ort gewisser Freiheiten (Püttsepp et al. 2009: 4–5). Aber was sich hier am 16. Mai 1987 abspielte, ging den politischen Organen dann doch zu weit. Dabei war es nicht das musikalische Programm, das für Kontroversen sorgte. Stein des Anstoßes waren Hunderte von Menschen, die durch das Tragen von gelben T-Shirts aus der Menge herausstachen. Diese trugen die Aufschrift: „Phosphorit – nein danke!“ (Liivik 2022: 48). Sie demonstrierten damit gegen Pläne der Moskauer Zentralregierung, den Phosphoritabbau im Nordosten der Estnischen SSR (ESSR) erheblich auszubauen, um die Kunstdüngerproduktion zu steigern. Am Ende wagte einer der Protestierenden sogar, Losungen gegen den Phosphoritabbau am Rathaus der Stadt aufzuhängen. Auch wenn die Ordnungskräfte des Komsomol sie sofort entfernten, ließ sich die Wirkung der Proteste nicht eindämmen (Aare 1999: 18). Die Sowjetmacht sah sich im November desselben Jahres gezwungen, ihre Pläne auf Eis zu legen (Lõhmus 2012).

Die Aktionen auf dem Musikfestival sind nur ein Beispiel für die öffentlichen Unmutsäußerungen gegen die Moskauer Phosphoritpolitik. Was daraus entstand, hat der Historiker Olev Liivik als „erste größere Protestbewegung in der estnischen Zeitgeschichte“ eingestuft (Liivik 2022: 132, 150). Beteiligte sprachen schon früh von einem „Phosphoritkrieg“ (Lauristin 1988: 425). Der durch die Umweltproteste geweckte Geist ließ sich nicht in die Flasche zurückdrängen, denn die Menschen hatten gelernt, sich zu organisieren, ihre Handlungsfähigkeit ent-

»Der durch die Umweltproteste geweckte Geist ließ sich nicht in die Flasche zurückdrängen, denn die Menschen hatten gelernt, sich zu organisieren, ihre Handlungsfähigkeit entdeckt und getestet, wie weit sie auch unter den Bedingungen des autoritären Einparteienstaats gehen konnten.«

deckt und getestet, wie weit sie auch unter den Bedingungen des autoritären Einparteienstaats gehen konnten. Im Rückblick werden die geschilderten Ereignisse daher meist als erste Station im Kampf um die nationale Unabhängigkeit geschildert (Raun 2001: 223). Wie kam es dazu, dass gerade ökologische Fragen zum Katalysator gemeinschaftlicher Willensbildung wurden?

GLASNOST UND ÖKOLOGIE

Proteste gegen den Phosphoritabbau in der ESSR hatte es bereits in den 1970er Jahren gegeben. Besonders Pläne, zum günstigeren offenen Abbau von Phosphorit überzugehen, waren auf Kritik von Experten und Expertinnen gestoßen, die vor einer erheblichen Kontaminierung der Luft und des Grundwassers gewarnt hatten. Allerdings waren diese Proteste auf wissenschaftliche Kreise beschränkt gewesen und nur hinter geschlossenen Türen vorgebracht worden (Aare 1999: 150).

Erst der Amtsantritt des neuen Generalsekretärs Michail Gorbatschow im Jahr 1985 in Moskau, schuf Möglichkeiten einer öffentlichen Diskussion. Seine Politik der Transparenz (Glasnost) hatte nicht zuletzt das Ziel, das verlorene Vertrauen der Bevölkerung wiederzugewinnen und die stagnierende lokale Eigeninitiative wieder zu mobilisieren. Umweltfragen gehörten zu dem Bereich, in dem die Gesellschaft aktiver beteiligt werden sollte (Weiner 1999). Mit offenen Karten spielte die Parteiführung jedoch nicht: Die Pläne für Estland blieben weitestgehend geheim, und die Parteiorganisation der ESSR hatte die undankbare Aufgabe, die örtliche Bevölkerung zu beschwichtigen. Doch unter den Bedingungen von Glasnost bildete sich eine neue Öffentlichkeit heraus, deren Ziele bald nicht mehr mit denen Gorbatschows übereinstimmten.

»Erst der Amtsantritt des neuen Generalsekretärs Michail Gorbatschow im Jahr 1985 in Moskau, schuf Möglichkeiten einer öffentlichen Diskussion.«

MÖGLICHKEITEN VON ÖFFENTLICHKEIT

Als Startschuss der breiteren Proteste gilt ein Coup des 39-jährigen Fernsehjournalisten Juhan Aare, der die Umweltsendung „Panda“ moderierte. Am 25. Februar 1987 lud er einen ranghohen Mitarbeiter des Ministeriums für die Produktion von Mineraldünger der UdSSR in seine Sendung ein: Juri Jampol, der in Aare offenbar einen Befürworter der Moskauer Phosphoritpläne sah. In einer Liveübertragung bestätigte er bereitwillig alle Pläne, die bislang unter Verschluss geblieben waren: Der erheblich erweiterte Phosphoritabbau in Nordost-Estland sei beschlossene Sache und der Arbeitsbeginn bereits im nächsten Fünfjahresplan „im Interesse des Volkes“ geplant (Aare 1999: 152–153). Und noch ein weiteres Thema erregte die Gemüter: Der Moskauer Funktionär erwähnte, dass für die Arbeiten eine Ansiedlung von mindestens 10.000 Arbeitern und ihren Familien aus anderen Sowjetrepubliken notwendig sein würde. Für die estnische Bevölkerung, deren Anteil durch gezielte Ansiedlung insbesondere von russischen Arbeiterinnen und Arbeitern von fast 90% im Jahr 1941 auf knapp 65% im Jahr 1979 gesunken war, erschien dies als existenzielle Bedrohung (Ainsaar 1997: 31; Aare 1999: 82–85; Liivik 2018: 131).

Das Interview, so ist es später beschrieben worden, „schlug in Estland ein wie eine Bombe“ (Erilaid 2019). Versuche der estnischen Staats- und Parteiführung, die Aufzeichnungen des Interviews als Fälschung und Jampol als inkompetent darzustellen, überzeugten kaum jemanden. Aus einem Problem, das bislang nur in kleineren Kreisen diskutiert worden war, wurde über Nacht eine öffentliche Angelegenheit. Ja, es kann behauptet werden, dass in der Folge die Öffentlichkeit in der kleinen Sowjetrepublik von einer staatlich zu einer gesellschaftlich dominierten Plattform wurde. Eine zentrale Rolle dabei hatte schon zuvor der Schriftstellerverband eingenommen, dem Gorbatschow im Zuge seiner Reformbemühungen besondere Spielräume zugestanden hatte (Aare 1999: 51; Liivik 2022: 141–143). Ihm traten nach dem medialen „Startschuss“ von Aare noch andere estnische Einrichtungen zur Seite: der Rechtsanwaltsverband, der Rat der Staatlichen Universität Tartu, der Verband der Naturforscher und schließlich auch die Akademie der Wissenschaften. Sie alle machten das Umweltproblem zum Thema von Versammlungen, Petitionen und gemeinsamen

Briefen und schufen damit einen kommunikativen Raum, der über naturwissenschaftliche Fachfragen weit hinausging (Liivik 2022: 132–145; Liivik 2018). An der Phosphoritfrage diskutierten sie auch die rechtliche Stellung der kleinen Republik in der Union oder machten sich Gedanken über die kulturelle Bedeutung der nordöstlichen Region für die estnische nationale Identität. Auf diese Weise dienten Einrichtungen und Praktiken, die von der Sowjetmacht zur Informationsbeschaffung und Einflussnahme etabliert worden waren, in zunehmendem Maße als Katalysatoren einer staatskritischen politischen und kulturellen Solidarisierung.

»Auf diese Weise dienten Einrichtungen und Praktiken, die von der Sowjetmacht zur Informationsbeschaffung und Einflussnahme etabliert worden waren, in zunehmendem Maße als Katalysatoren einer staatskritischen politischen und kulturellen Solidarisierung.«

Wichtig für das Entstehen der Bewegung war die Schaffung eigener Symbole. Die erwähnten, in Handarbeit hergestellten gelben T-Shirts dienten den Protestierenden als Erkennungszeichen. Sie waren bereits bei den Feiern zum 1. Mai 1986 getragen worden, die Studierende der Universität Tartu in eine Anti-Phosphorit-Demonstration verwandelten. Die T-Shirts symbolisierten nicht nur Einheit, sondern verbanden die Demonstrationen mit der westeuropäischen Umweltbewegung: Ihre Aufschrift „Phosphorit – nein danke“ war unmittelbar dem aus Dänemark stammenden Slogan „Atomkraft – nein danke!“ entlehnt. Und auch über eine Art Hymne verfügten die Protestierenden: das von Alo Mattiisen und Jüri Leesment verfasste patriotische Lied „Ei ole üksi ükski maa“ („Kein Land steht alleine da“). Eben dieses Lied wurde auf dem eingangs erwähnten „Festival für Unterhaltungsmusik“ vorgetragen. Es endete in einer weitreichenden politischen Botschaft: „Wenn im Landkreis Viru alle Flüsse mit klarem Wasser sauber bleiben“, so hieß es am Ende des Liedes, „erst dann werden wir den Mut haben zu sagen, ich lebe in meinem eigenen Land“.

WAS BLEIBT VOM „PHOSPHORITKRIEG“?

War die nationale Solidarisierung also am Ende wichtiger als die Umweltfrage? Im Jahr 2012 haben zwei frühere sowjetische Spitzenfunktionäre, der damalige Ministerratsvorsitzende Bruno Saul und sein damaliger Stellvertreter

Indrek Toome, der Umweltbewegung rückblickend vorgeworfen, sie habe nur Panikmache betrieben, um ihre eigentliche politische Agenda – die nationale Unabhängigkeit – voranzutreiben. Die von Aare aufgedeckten Pläne, so Saul, hätten mangels Geld und Effizienz ohnehin nicht verwirklicht werden können (Lõhmus 2012). Doch dies greift zu kurz: Die ökologische Bedrohung war real. Nicht zuletzt während der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl hatten die Menschen erfahren, wie desaströs sich die geringen lokalen Entscheidungsbefugnisse und die restriktive sowjetische Informationspolitik auswirken konnten. Wer wollte da auf Funktionsmängel und Geldknappheit vertrauen?

Trotzdem ist wahr, dass der Fokus auf den Umweltschutz, wie auch in den anderen baltischen Sowjetrepubliken, eine Phase blieb. Das Streben nach mehr Entscheidungsbefugnissen äußerte sich bald in anderen Projekten: dem Kampf um wirtschaftliche und politische Autonomie und schließlich um die staatliche Unabhängigkeit. Ökologische Fragen spielten in den Anfangsjahren nach deren Wiederherstellung im Jahr 1991 keine große Rolle mehr. Der ebenfalls extrem umweltschädliche Abbau von Ölschiefer fand vielmehr weiterhin breite Akzeptanz. Nur mit Phosphoritabbau wollte kaum jemand mehr zu tun haben. Er blieb lange Jahre ein Symbol der Fremdherrschaft.

DIE GEGENWART DES „PHOSPHORITKRIEGS“

Sind die Umweltproteste in der kollektiven Erinnerung also nur noch als einleitendes Kapitel einer nationalen Befreiungserzählung relevant? Eine solche Lesart verkennt, wie wenig der Phosphoritabbau noch heute außerhalb der Erinnerungen an den „Phosphoritkrieg“ diskutiert werden kann. Gewiss, die „Phosphorit – nein danke!“-T-Shirts sind längst zu musealen Objekten geworden, die sich in Tartu im Estnischen Nationalmuseum hinter Plexiglas besichtigen lassen (Runnel 2021). Doch lässt sich durchaus etwas von dem Geist der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre wieder zum Leben erwecken. Dies wurde deutlich, als die Regierung unlängst begann, die Möglichkeit des Phosphoritabbaus aufs Neue untersuchen zu lassen. Gegnerinnen und Gegner dieser Pläne schlossen symbolisch an den antisowjetischen Widerstand an, indem sie an den „Phosphoritkrieg“ erinnerten. Selbst die Meinung, man müsse

„die gelben T-Shirts wieder hervorholen, waschen und bügeln“, wurde geäußert – von einem Anwalt, der zu jung ist, um eigene Erinnerungen an die Auseinandersetzungen in der späten Sowjetzeit zu haben (Kaljurand 2024). Gegenargumente, die auf neue, umweltfreundlichere Abbautechniken und die Knappheit estnischer Rohstoffe verweisen, können gegen diese emotional aufgeladene kollektive Erinnerung nur schwer ankommen. „Phosphorit ist unser Symbol für den Sieg über eine Fremdherrschaft“, klagte der Geologe und Umweltwissenschaftler Erik Puura schon vor einigen Jahren, doch „es wurde ein gesellschaftliches Tabuthema daraus gemacht“ (Puura 2016).

»Gegenargumente, die auf neue, umweltfreundlichere Abbautechniken und die Knappheit estnischer Rohstoffe verweisen, können gegen diese emotional aufgeladene kollektive Erinnerung nur schwer ankommen.«

Allerdings fällt ein wichtiger Unterschied zu den Umweltprotesten der späten Sowjetzeit auf. Der Widerstand der 1980er-Jahre war ein wirkmächtiger Faktor bei der Einigung der estnischen Gesellschaft gegen die sowjetische Zentralmacht. Heute drohen unterschiedliche Auffassungen darüber, welche Rolle der Umweltschutz spielen soll, die Gesellschaft eher zu spalten (Puura 2024).

QUELLEN UND LITERATUR

Aare, Juhan: Fosforiidisõda 1971–1989 [Der Phosphoritkrieg 1971–1989], Tallinn 1999.

Ainsaar, Mare: Eesti rahvastik. Taani hindamisraamatust tänapäevani [Die estnische Bevölkerung. Vom dänischen Schätzbuch bis heute], Tartu 1997.

Ei ole üksi ükski maa. [Kein Land steht alleine da], URL: https://www.laulud.ee/laul/ei_ole_uksi_ukski_maa-534.aspx [3.7.2024].

Erilaid, Tõnis: Kuidas üliõpilased alustasid fosforiidisõda [Wie die Studierenden den Phosphoritkrieg begannen], in: Õhtuleht, 2.4.2019, URL: https://www.ohtuleht.ee/naisteleht/954591/kuidas-uliopilased-alustasid-fosforiidisoda [3.7.2024].

Kaljurand, Kaspar: Riik vaeb rahva vastu uut fosforiidisõda [Der Staat führt einen neuen Phosphoritkrieg gegen das Volk], in: err meediakritika, 14.07.2024, URL: https://www.err.ee/1609385675/kaspar-kaljurand-riik-vaeb-rahva-vastu-uut-fosforiidisoda [eingesehen am 01.07.2024].

Lauristin, Marju: Fosforiidisündroom ja avalikkuse areng [Das Phosphorit-Syndrom und die Entwicklung der Öffentlichkeit], in: Eesti Loodus 7 (1988), S. 424–430 und 8 (1988), S. 494–498.

Liivik, Olev: Glasnost Policy Reaching Estonia: Fear and Hope in the Protest Letters of Estonian Residents during the Campaign against the Phosphorite Mines in 1987, in: Piirimäe, Kaarel/Mertelsmann, Olaf (Hrsg.): The Baltic States and the End of the Cold War, Berlin 2018, S. 123–151.

Liivik, Olev: Vastuseisust protestideni: võitlus fosforiidikaevanduste vastu 1970. ja 1980. aastate Eestis [Vom Widerstand zum Protest: Der Kampf gegen den Phosphoritabbau in Estland in den 1970er und 1980er Jahren], in: Methis. Studia humaniora Estonica 30 (2022), S. 132–155, URL: https://ojs.utlib.ee/index.php/methis/article/download/22110/16810 [3.7.2024].

Lõhmus, Alo: Fosforiidikülasid vaevab halb eelaimus [Die Phosphoritdörfer leiden unter mangelnder Weitsicht], in: Maaleht, 9.2.2012, URL: https://maaleht.delfi.ee/artikkel/63891873/fosforiidikulasid-vaevab-halb-eelaimus [3.7.2024].

Püttsepp, Juhani/Habicht, Jaan/Tiik, Ilm: Tartu Muusikapäevad [Die Tartuer Musiktage], Tallinn 2009.

Puura, Erik: Räägitakse uuest fosforiidisõjast – aga kes peab sõda kellega? [Man spricht von einem neuen Phosphoritkrieg – aber wer führt Krieg mit wem?], in: Trialoog Taltech, 04.03.2024, URL: https://trialoog.taltech.ee/erik-puura-raagitakse-uuest-fosforiidisojast-aga-kes-peab-soda-kellega/ [eingesehen am 14.07.2024].

Puura, Erik: Eesti ei vaja uut fosforiidisõda [Estland braucht keinen neuen Phosphoritkrieg], in: Sirp, 11.04.2024, URL: https://www.sirp.ee/s1-artiklid/c9-sotsiaalia/2014-04-11-11-10-58/ [eingesehen am 04.07.2024].

Raun, Toivo O.: Estonia and the Estonians, Standford 2001.

Weiner, Douglas R.: A Little Corner of Freedom: Russian Nature Protection from Stalin to Gorbachëv, Berkeley, CA 1999.

Autor:in

David Feest ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Nordost-Institut (IKGN e.V.) an der Universität Hamburg. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte der Baltischen Republiken/Sowjetrepubliken mit dem Schwerpunkt Estland sowie die Geschichte Russlands und der Sowjetunion.

Neubewertung sowjetischer Denkmäler in Ostmitteleuropa: Fortführung des Widerstands gegen den Staatssozialismus?

Stephanie Beetz

Denkmäler transportieren Narrative und bisweilen auch Ideologien aus der Vergangenheit in unsere Gegenwart, in der sie aktualisiert werden. Obwohl sie – oft auch wortwörtlich – in Stein gemeißelt sind und damit etwas Endgültiges an die Betrachter*innen herantragen, lassen ihre Botschaften sie, auch in gegenwärtigen Gesellschaften, dynamisch werden und machen mitunter eine erneute Auseinandersetzung und ggf. eine gesellschaftliche Neubewertung erforderlich.

Die Notwendigkeit dazu resultiert oft aus politischen Ereignissen und gesellschaftlichen Prozessen – national wie international –, und insbesondere im Zuge tiefgreifender politischer, ökonomischer und kultureller Transformationsprozesse. Die Staaten Ostmitteleuropas befinden sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zum Teil noch immer in solchen Aushandlungsprozessen, in denen ihre nationale Identität neu geformt wird.

Zuletzt löste der russische Angriffskrieg auf die Ukraine in vielen dieser Staaten eine Neubewertung ihrer kommunistischen Vergangenheit sowie verbliebener sowjetischer Denkmäler aus. Die Debatten darüber sind oft hitzig und emotional: Unterschiedliche kollektive Erinnerungen und historische Narrative sowie deren Bewertung treffen aufeinander. Insbesondere im Hinblick auf den einstigen Widerstand gegen den Staatssozialismus stellt sich die Frage, ob der Verbleib sowjetischer Denkmäler die Erinnerung an diesen Widerstand trübt und ob deren Entfernung diesen sogar fortsetzt.

DENKMÄLER ALS BOTSCHAFTER DER VERGANGENHEIT

Denkmäler sind kulturell und politisch aufgeladene Symbole. Sie erinnern an historische Ereignisse oder Akteur*innen, die im nationalen Gedächtnis eines Landes sowohl mit Trauer als auch mit Triumph verbunden sein können. Durch ihre Präsenz im öffentlichen Raum vermitteln sie ein spezifisches Bild einer Nation, ihrer Gesellschaft und deren Geschichte, die von bestimmten Werten geprägt ist. Errichtet werden sie meist von politischen Eliten, die bei der Gestaltung der nationalen Erinnerungskultur eine zentrale Rolle einnehmen (Bellentani 2021: 33). Denkmäler vermitteln nicht nur politische Botschaften, sondern sie festigen auch Wertvorstellungen, legitimieren politische Machtausübung und manifestieren soziale Dynamiken der Ein- und Ausgrenzung innerhalb einer Gesellschaft. Die Erinnerung an historische Ereignisse sowie deren Bewertung wird geformt, wobei insbesondere in autoritären Staaten oftmals lediglich *eine* legitime Form der Erinnerung sowie Bewertung transportiert wird (ebd.: 45). Denkmäler adressieren in dieser Funktion mehrere zeitliche Ebenen: den Zeitpunkt ihrer Errichtung, den gegenwärtigen Augenblick und eine Verknüpfung mit der Zukunft, die in der plastischen Manifestation ihrer Botschaften verbindlich erscheint (Dräger 2023: 179).

»Denkmäler vermitteln nicht nur politische Botschaften, sondern sie festigen auch Wertvorstellungen, legitimieren politische Machtausübung und manifestieren soziale Dynamiken der Ein- und Ausgrenzung innerhalb einer Gesellschaft.«

SOWJETISCHE DENKMÄLER ALS KONTROVERSES ERBE

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurde die kommunistische Staatsdiktatur in den ostmitteleuropäischen Staaten überwiegend kritisch beurteilt. Zudem führten die tiefgreifenden politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Transformationsprozesse, die diese Länder in den 1990er Jahren durchliefen, zu einer Neuformung ihrer nationalen Identität. Die neuen Eliten der Postsowjet-Ära begannen schon kurz nach Ende der Diktatur mit der Entfernung alter sowjetischer Denkmäler und Symbole, die im kommunistischen System im öffentlichen Raum stark präsent waren. Insbesondere Länder, die sich nach ihrer Un-

abhängigkeit schnell dem Westen zuwandten, gingen bei der Entfernung solcher Denkmäler konsequent und zügig vor. Auch die baltischen Staaten durchliefen in den 1990er Jahren eine sogenannte Desowjetisierung und begannen schon kurz nach ihrer Unabhängigkeit mit den Abrissarbeiten. Gleichwohl ist die Thematisierung der sowjetischen Vergangenheit sowie der Umgang mit ihren Denkmälern auch heute noch präsent. So gab der russische Angriffskrieg auf die Ukraine in vielen ostmitteleuropäischen Staaten einen erneuten Anstoß, verbliebene sowjetische Denkmäler zu entfernen, so etwa in Litauen und Estland, aber auch in Polen.

»Insbesondere Länder, die sich nach ihrer Unabhängigkeit schnell dem Westen zuwandten, gingen bei der Entfernung solcher Denkmäler konsequent und zügig vor.«

Allerdings koexistieren gerade in den baltischen Staaten mehrere historische Narrative und ethnische Identitäten parallel, da hier u.a. eine große russische Minderheit lebt, die zwar die Staatsbürgerschaft des jeweiligen Landes besitzt, doch mitunter eine eigene nationale Identität für sich beansprucht, die sich von der Mehrheitsgesellschaft unterscheidet (Bellentani 2021:40). Eine konkurrierende Bewertung des Staatskommunismus als repressive Besatzung einerseits und als Befreier vom Naziregime andererseits führt daher bei der Entfernung von sowjetischen Denkmälern zu Konflikten. Gleichzeitig sind die verschiedenen ethnischen Gruppen in den baltischen Staaten auch in sich divers. Dementsprechend vertreten sie nicht immer die gleiche Meinung, wenn es um die (Neu-)bewertung der sowjetischen Vergangenheit geht. Darüber hinaus haben sich insbesondere die baltischen Staaten nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zwar dem Westen zugewandt, geleichzeitig wurden jedoch auch landesspezifische traditionelle Werte, die während der sozialistischen Diktatur unterdrückt wurden, wiederbelebt. Die Schaffung eines neuen nationalen Selbstbildes ist daher bis heute in Bewegung.

»Eine konkurrierende Bewertung des Staatskommunismus als repressive Besatzung einerseits und als Befreier vom Naziregime andererseits führt daher bei der Entfernung von sowjetischen Denkmälern zu Konflikten.«

MÖGLICHKEITEN DER NEUGESTALTUNG

Der Abriss ist nicht die einzige Option, kontroverse Denkmäler politisch umzuwerten. Zudem ist er aus Gründen des Denkmalschutzes auch nicht immer möglich. So kann etwa die gezielte Veränderung der Umgebung, in der sich das Denkmal befindet, zur Veränderung der ursprünglichen politisch-ideologischen Bedeutung führen, beispielsweise durch architektonische Veränderungen im Stadtbild oder durch die Errichtung neuer Denkmäler. Deren Deutungsangebote und die mit ihnen verknüpften historischen Narrative können die ursprüngliche Intention des Denkmales irritieren. Gleichzeitig kann die Umsiedlung eines Denkmals an einen weniger prominenten oder an einen für die Öffentlichkeit unzugänglichen Ort ebenfalls eine Alternative zur Zerstörung sein.

»Der Abriss ist nicht die einzige Option, kontroverse Denkmäler politisch umzuwerten.«

Darüber hinaus schlägt der Historiker Jürgen Zimmerer das Konzept des Gegendenkmals vor, bei dem ein Denkmal verändert bzw. umgewidmet wird, um eine Antithese zu seiner ursprünglichen Bedeutung zu entwickeln (Deutschlandfunk Nova 2020). Dieser Vorgang kann politisch gesteuert oder auch von der Zivilgesellschaft herbeigeführt werden. Er verleiht dem Denkmal eine neue politische Bedeutung, er kann es entpolitisieren oder popkulturell umdeuten, wie etwa 2015 in Odessa, als der ukrainische Künstler Alexander Milov eine Lenin-Statue mit einer Darth-Vader-Maske versehen hat. Somit wird ihm seine ursprüngliche Bedeutung sowie sein vermeintlicher Vorbildcharakter genommen und ein Neuaushandlungsprozess angestoßen.

DENKMÄLER IM SCHULUNTERRICHT

Die politische und historische Relevanz von Denkmälern sowie deren potenzielle Umstrittenheit kann auch im Geschichtsunterricht vielschichtig beleuchtet und erörtert werden. Dabei lässt sich das Thema nicht nur theoretisch erarbeiten, indem etwa die Funktionen und gesellschaftlichen Bedeutungen von Denkmälern in Verbindung mit geschichtlichen Ereignissen behandelt werden. Auch die Erkundung von Denkmälern in der eigenen Umgebung bietet

sich für die Erschließung des Gegenstands im Unterricht an, indem diese etwa von den Schüler*innen analysiert, interpretiert und miteinander verglichen werden (vgl. dazu Dräger 2021 und 2022).

ERHALT, UMGESTALTUNG ODER ENTFERNUNG?

Die Staaten Ostmitteleuropas haben seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion verschiedenste Wege des Umgangs mit kontroversen sowjetischen Denkmälern gewählt. Dabei ist der klassische Denkmalsturz, wie etwa die Entfernung des sowjetischen Bronzesoldaten 2007 in Tallinn oder der Sprengung sowjetischer Statuen auf der Grünen Brücke 2015 in Vilnius, besonders in den baltischen Staaten die verbreitetste Form. Weiterhin gibt es auch kontrovers diskutierte Projekte, dazu zählt etwa der von einem litauischen Unternehmer betriebene Grūtas-Park, in dem alte sowjetische Statuen in einer Art Freilichtmuseum mit Freizeitparkflair ausgestellt werden.

»Die Debatte darüber, ob der Verbleib alter sowjetischer Denkmäler die Erinnerung an den Widerstand gegen die sozialistische Staatsdiktatur trübt oder ob umgekehrt deren Entfernung oder Umgestaltung den Widerstand gegen diese fortführt, bleibt unabgeschlossen.«

Die Debatte darüber, ob der Verbleib alter sowjetischer Denkmäler die Erinnerung an den Widerstand gegen die sozialistische Staatsdiktatur trübt oder ob umgekehrt deren Entfernung oder Umgestaltung den Widerstand gegen diese fortführt, bleibt unabgeschlossen. Die politische, kulturelle und gesellschaftliche Neubewertung wird weiterhin von zukünftigen politischen Ereignissen sowie von den Regierungen postsowjetischer Staaten und deren Zivilgesellschaften geformt werden.

LITERATUR

Deutschlandfunk Nova, 8.6. 2020: Solange die Denkmäler ungebrochen stehen, wird dieses Weltbild weiter verherrlicht. Historiker Jürgen Zimmerer zu umstrittenen Statuen, URL: https://www.deutschlandfunknova.de/beitrag/rassismus-und-kolonialismus-umstrittene-denkmaeler [22.7.2024].

Bellentani, Federico: The Meanings of the Built Environment. De Gruyter Mouton 2021. https://doi.org/10.1515/9783110617276.

Dräger, Marco: Erinnern – Zerstören – Gestalten: Geschichtsdidaktische Anmerkungen zum Umgang mit Denkmälern, in: erinnern_zerstören_gestalten: Denkmäler im interdisziplinären Diskurs. Think! Historically: Teaching History and the Dialogue of Disciplines, S. 177–193. https://doi.org/10.38072/2703-0784/p56.

Dräger, Marco: Denkmäler im Geschichtsunterricht 2021.

Dräger, Marco: Denkmäler im Geschichtsunterricht thematisieren 2022.

Autor:in

Stephanie Beetz ist studentisches Mitglied der *LaG*-Redaktion.

„Die Frauen der Solidarność“: Vergessener Widerstand

Sabrina Pfefferle

Sagt Ihnen der Name Anna Walentynowicz etwas? Oder Alina Pienkowska, Maryla Płońska, Ewa Ossowska? Ich kannte keinen dieser Namen. Diese Frauen waren Teil der polnischen Gewerkschaftsbewegung Solidarność, die maßgeblich zum Zusammenbruch des kommunistischen Systems in Polen und zur Demokratisierung des Landes beitrug. Die Unbekanntheit dieser Frauen ist besonders auffallend, da sie konträr zu ihrer historischen Bedeutung steht. So war die politisch motivierte Entlassung der Arbeiterin Anna Walentynowicz die direkte Ursache für den Streik, der am 14. August 1980 in der Leninwerft in Danzig seinen Anfang nahm und aus dem rasch eine landesweite Bewegung gegen politische Repressionen, Einschränkungen von Meinungs- und Pressefreiheit sowie gegen schlechte Arbeitsbedingungen wurde. In Folge wurde auch die Gewerkschaft Solidarność gegründet – unter anderem von Anna Walentynowicz.

Die Hälfte der Anfang der 1980er Jahre rund zehn Millionen Gewerkschaftsmitglieder war weiblich. Und es waren Frauen, die die Bewegung im Untergrund stabilisierten, nachdem sie im Dezember 1981 verboten wurde und viele männliche Aktivisten inhaftiert worden waren. Gleichzeitig waren Frauen kaum in den Führungsgremien der Bewegung vertreten. So saßen etwa am Runden Tisch, bei dem sich zwischen Februar und April 1989 Vertreter der regierenden kommunistischen Partei mit denen der Opposition trafen, lediglich zwei Frauen – neben sechsundfünfzig Männern. Auch bei den ersten freien Wahlen am 4. Juni 1989 standen kaum Frauen auf den Wahllisten der Solidarność. Es zeigt sich eine deutliche Diskrepanz zwischen der Anzahl beteiligter Frauen und ihrer Repräsentanz

»Es zeigt sich eine deutliche Diskrepanz zwischen der Anzahl beteiligter Frauen und ihrer Repräsentanz in Machtpositionen – ein Ungleichgewicht, das sich auch im historischen Gedächtnis manifestiert.«

in Machtpositionen – ein Ungleichgewicht, das sich auch im historischen Gedächtnis manifestiert.

Für die historisch-politische Bildung sind die Frauen der Solidarność interessant: Die Geschichte des Widerstands gegen den Staatssozialismus kann an ihrem konkreten Beispiel nachgezeichnet und gleichzeitig die Bedeutung von Geschlecht in politischen Protestbewegungen ebenso wie in der Erinnerungskultur erarbeitet werden. Doch wie kann man sich diesem weitläufigen Themenkomplex annähern? Als Vorschlag hierfür soll der Film „Die Frauen der Solidarność“ von Marta Dzido und Piotr Śliwowski vorgestellt werden, der 2014 in Polen Premiere feierte und die Geschichte der Solidarność mit der Marginalisierung des weiblichen Widerstandes in der (polnischen) Erinnerungskultur verknüpft.

„WARUM KENNE ICH SIE NICHT?“

Diese Frage der Regisseurin nach den individuellen wie den gesellschaftlichen Wissenslücken in Bezug auf die Rolle von Frauen in der Solidarność leitet den Film ein. Er erzählt die Geschichte der Bewegung ausgehend von den beteiligten Akteurinnen in vier Kapiteln: Eingeführt mit der Frage nach der Motivation für ihr politisches Engagement nähert sich die Autorin den Akteurinnen und zugleich der Protestgeschichte Polens vom Arbeiteraufstand im Juni 1956 bis hin zum Streik im August 1980. Ausgehend von dem vielfältigen Engagement der Zeitzeuginnen im Protest zeichnet der Film anschließend die Ereignisse um 1980 nach. Ein Fokus liegt alsdann auf der Protestkultur während der Zeit im Untergrund, die vornehmlich von Frauen getragen wurde. Hier entstanden etwa illegale Medien: die wöchentlich erscheinende Zeitschrift *Tygodnik Mazowsze* sowie die Radiostation *Solidarność*. Immer wieder wird Solidarität in ihrer Funktion als Machtinstrument in Form kollektiver Arbeits- oder Hungerstreiks sowie als Voraussetzung für effektive Unterstützungsnetzwerke herausgearbeitet. Zuletzt untersucht der Film die Transformation der Bewegung, wobei er vor allem die Versäumnisse am Runden Tisch reflektiert und mit einem Ausblick auf die wirtschaft-

»Immer wieder wird Solidarität in ihrer Funktion als Machtinstrument in Form kollektiver Arbeits- oder Hungerstreiks sowie als Voraussetzung für effektive Unterstützungsnetzwerke herausgearbeitet.«

liche Krise nach 1989 auch die Geschichte von verletztem Vertrauen der Arbeiter*innen in die eigene Gewerkschaft dokumentiert.

Alle diese Sequenzen arbeiten mit dem historischen Material, mit Bildern aus der Zeit, Protestliedern sowie Video- und Tonaufnahmen. Und in allen geht es der Regisseurin um die einleitende Frage: Wieso sind die Frauen aus der Geschichte verschwunden? Wieso erinnert sich niemand mehr an Ewa Ossowska, die insbesondere bei der Aufrechterhaltung des Streiks am 16. August 1980 eine zentrale Rolle spielte und auf zahlreichen Bildern und Videoaufnahmen neben Lech Wałęsa zu sehen ist? Wieso sind so wenige der damals politisch aktiven Frauen in die Politik gegangen? Und wieso hat sie, die Drehbuchautorin und Regisseurin Marta Dzido, in der Schule nichts über die Rolle der Frauen in der Solidarność gelernt?

Gemeinsam mit den Interviewten sucht sie und ihr Koregisseur Piotr Śliwowski nach Antworten: So kritisiert Barbara Labuda, eine der wenigen Aktivistinnen, die nach 1989 eine politische Laufbahn einschlug, sowohl ihre Kollegen und Kolleginnen der Solidarność als auch die heutige Gesellschaft dafür, dass es nicht gelungen sei, die „unglaublich verknöcherte Mentalität der Menschen“ (1:25:01) zu verändern, und Anerkennung dafür zu schaffen, dass auch Frauen starke und kluge Anführerinnen sein können. Besonders in der Phase der Transformation hätten zwei Dynamiken zum zunehmenden Ausschluss von Frauen aus Machtpositionen beigetragen: Sie seien nicht an den Runden Tisch gerufen worden, weil Männer bei „Prestige, Macht, Regieren, Führung“ (1:25:43) nur an Männer, nicht aber an Frauen dächten. Gleichzeitig hätten die Frauen auf entsprechende Positionen verzichtet und sich zurückgezogen. Diesen Rückzug können sich auch ehemalige Beteiligte wie Janina Jankowksa nicht erklären: „Als hätten wir Frauen uns damit einverstanden erklärt, so eine Art Dienststab zu sein, Hilfskräfte für die Logistik. Das ergibt überhaupt keinen Sinn“ (1:29:49).

DIE ERINNERUNG AN DIE SOLIDARNOŚĆ HEUTE

Obwohl der Film „Die Frauen der Solidarność“ einige Antworten schuldig bleibt – beispielsweise auf die Fragen, welche Verbindungen zwischen verschiedenen oppositionellen Bewegungen und Akteuren in Polen existierten und wie die Akteurinnen (damals wie heute) die eigene Rolle im größeren Kontext osteuropäischer Widerstandsbewegung bewerte(te)n –, ist er gleichzeitig eine Einladung, gemeinsam weiter über den Themenkomplex nachzudenken. Zehn Jahre nach Erscheinen des Films ist die Aufarbeitung der Rolle von Frauen in der Solidarność in Polen weiter fortgeschritten – die vergessen geglaubte Ewa Ossowksa ist nun beispielsweise in der *Encyklopedia Solidarności* (Enzyklopädie der Solidarität) zu finden, einem Dokumentationsprojekt des Instituts für Nationales Gedenken zur Geschichte der polnischen Oppositionsbewegungen zwischen 1976 und 1989. Gleichzeitig wurde das Europejskie Centrum Solidarności (Europäisches Solidarność Centrum, ESC), das in der gesellschaftlichen Erinnerung an die Solidarność in Polen über eine gewisse Deutungshoheit verfügt, noch 2020 für die Unterrepräsentation des weiblichen Anteils an Werftmitarbeiterinnen und Solidarność-Mitgliedern in seiner Dauerausstellung kritisiert (Lange 2020). Dass Geschichtsnarrative sowohl gesellschaftlichen Bemühungen als auch politischen Interventionen unterworfen sind, lässt sich für das ESC an einem weiteren Beispiel nachvollziehen: So forderte 2019 der damalige PiS-Minister für Kultur und Nationales Erbe das Management des Museums dazu auf, Elemente in die Ausstellung zu integrieren, die der politischen Ausrichtung der PiS entsprechen und einen vom Ministerium bestimmten stellvertretenden Direktor einzusetzen. Die Kürzungen von drei Millionen Zloty, die der Ablehnung dieser Forderungen folgten, konnten durch eine öffentliche Sammlung aufgefangen werden (Kellermann 2019).

»Die Gewerkschaftsbewegung Solidarność ist ein hervorragender Ausgangspunkt für die Beschäftigung mit politischem Widerstand gegen den Staatssozialismus sowie mit gesellschaftlichen Erinnerungsnarrativen in der historisch-politischen Bildung.«

Diese Schlaglichter zeigen: Die Gewerkschaftsbewegung Solidarność ist ein hervorragender Ausgangspunkt für die Beschäftigung mit politischem Widerstand gegen den Staatssozialismus sowie mit gesellschaftlichen Erinnerungsnarrativen in der histo-

risch-politischen Bildung. Mit dem Spielfilm „Strajk – Die Heldin von Danzig“ von Volker Schlöndorff (2006) existiert ein weiteres filmisches Angebot, das die Arbeiterin Anna Walentynowiczs und ihre Rolle im Protest ins Zentrum rückt. Er wurde von der Bundeszentrale für politische Bildung mit einem kostenfreien, filmpädagogischen Begleitheft ausgestattet (Klassenstufen 5–13). Wer weiterführende didaktische Materialien zur Geschichte der Solidarność sucht, dem seien die Bildungsmaterialien „Solidarność – Solidarität. Gesellschaftlicher Widerstand im Kommunismus“ des Deutschen Polen-Instituts empfohlen. Das Modul, das aus einer didaktischen Einführung und fünf thematischen Arbeitsblättern besteht, ermöglicht eine auf den Unterricht zugeschnittene, tiefgreifende Auseinandersetzung mit den Forderungen der Solidarność, der Rolle Polens als Vorreiter der Friedlichen Revolution sowie der Bedeutung von Medien im Widerstand gegen den Staatssozialismus.

LITERATUR

Kellermann, Florian: Mit privaten Spenden Danziger Solidarność-Zentrum gerettet, in: Deutschlandfunk, 19.2.2019, URL: https://www.deutschlandfunk.de/polen-mit-privaten-spenden-danziger-solidarnosc-zentrum-100.html [30.6.2024].

Lange, Paula: Frauen der Solidarność. Die Marginalisierung weiblichen Widerstands während des Streiksommers 1980 in der polnischen Erinnerungskultur, in: Zeitgeschichte-online, 31.8.2020, URL: https://zeitgeschichte-online.de/geschichtskultur/frauen-der-solidarnosc [30.6.2024].

FILM

Dzido, Marta/Śliwowski, Piotr:
Die Frauen der Solidarność, Polen 2014.

Schlöndorff, Volker: Strajk – Die Heldin von Danzig, Deutschland, Polen 2006.

Autor:in

Sabrina Pfefferle ist Studentin am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin und studentische Mitarbeiterin im Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ).

Impressum

Herausgeberin:

AGENTUR FÜR
BILDUNG
GESCHICHTE
POLITIK

Agentur für Bildung, Geschichte und Politik e.V.
Dieffenbachstraße 76, 10967 Berlin, Tel.: 030 – 25 79 42 60

E-Mailadresse: kontakt@agentur-bildung.de

Webseite: http://agentur-bildung.de

Vorstand:
Adina Stern, E-Mail: stern@agentur-bildung.de
Dr. Birgit Wenzel, E-Mail: wenzel@agentur-bildung.de
Prof. Dr. Dorothee Wierling, E-Mail: wierling@agentur-bildung.de

Vereinsregister beim Amtsgericht:
Amtsgericht Charlottenburg
Vereinsregisternummer: VR 27817 B

Förderer:
Gefördert mit Mitteln der Bundesstiftung
zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG

Die Verantwortung für die inhaltlichen Aussagen
liegt jeweils bei den Autor:innen.

Redaktion: Dr. Katharina Trittel (V.i.S.d.P.),
Stephanie Beetz und Sören Isele

Gestaltung: Infotext Berlin, Johanna Hoffmann

Satz: dia° Netzwerk für Kommunikation

Lektorat: Barbara Driesen

Titelbild: Schaulustige jubeln beim Fall einer Lenin-Statue in der Ukraine, 21. Februar 2014, Quelle: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Falling_of_Lenin_in_Khmelnytskyi_park.jpg, CC BY-SA 3.0.

ISSN: 2941-6094

Soweit nicht abweichend gekennzeichnet, zur Nachnutzung
freigegeben unter der Creative Commons Lizenz CC BY NC ND 4.0